

Landesinfo Baden-Württemberg



Gesehen bei der deutsch-französischen Demonstration gegen „Merkozy“ am 5. November in Freiburg

Occupy-Bewegung
Internationale
Solidarität!

Seite 4

Mindestlohn
Klaus Ernst:
Klotzen, nicht
kleckern

Seite 7

Wolfgang Gehrcke
Holt die Bundes-
wehr aus Afgha-
nistan zurück!

S. 8

Schulpolitik
Warten auf die
Bildungsreform

S. 13

In den Kommunen
Für das Sozial-
ticket!

Seite 15

Landespartei
Mitglieder halten
und Mitglieder
werben

Seite 21

Inhalt

■■■ Öffentliche Haushalte von Kapitalmarktabhängigkeit befreien!	5
■■■ Annette Groth: Europäische Sozialcharta ratifizieren	6
■■■ Heike Hänsel: G 20 produzieren neue Armut	6
■■■ Michael Schlecht: Tricks und Täuschungen der CDU	7
■■■ Schulen ohne Bundeswehr!	9
■■■ Monika Knoche: Nie wieder Atome spalten, um Strom zu erhalten!	10
■■■ Auftakt mit Gregor Gysi zum S21-Volksentscheid	12
■■■ Grün-Rot stellt Gemeinschaftsschulen aufs Abstellgleis	13
■■■ Linke.SDS gegen Wohnungsnot von Studenten	18

Das nächste Landesinfo erscheint Januar 2012.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2012 ist der 16. Januar

Beilagenhinweis: „Klar“ Nr. 22, Zeitung der Bundestagsfraktion Die Linke. Außerdem liegt bei „Kurswechsel“ Nr. 5, Zeitung für Baden-Württemberg.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubai Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Beteiligt Euch am Mitgliederentscheid!

Am 23. Oktober hat der Bundesparteitag in Erfurt mit überwältigender Mehrheit von 96,9% das Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE beschlossen. Damit wurde ein tragfähiges, modernes linkes Programm verabschiedet, das die inhaltliche Grundlage für das zukünftige Handeln der Partei bildet. Folgendes Zitat aus der Präambel beschreibt in Kürze unser Selbstverständnis:

„Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen. Wir wollen

eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.“

Die Mitglieder haben das letzte Wort zu diesem neuen Programm. Bis Mitte Dezember wird es in einem bundesweiten Mitgliederentscheid abgestimmt. Dazu sollen alle Mitglieder unserer Partei das Programm und die Abstimmungsunterlagen bis zum 18. November zugeschickt bekommen haben.

Bitte beteiligt Euch an dem Mitgliederentscheid über unser Programm und gebt ihm Eure Zustimmung.



Spende zum Jahresende?

Mitglieder, die im Jahr 2011 noch keinen Mitgliedsbeitrag entrichtet haben, bitten wir, das nachzuholen. Der Mindestbeitrag für Mitglieder mit Niedrigeinkommen beträgt 18 Euro pro Jahr (1,50 € pro Monat). Unsere Orientierung ist es, im Landesdurchschnitt einen Beitrag pro Mitglied in Richtung 10 Euro im Monat zu erreichen. Wir erhalten als einzige Bundestagspartei keine Großspenden aus Konzernnetzen. Wir bitten jedes Mitglied zu prüfen, ob der bisherige Mitgliedsbeitrag angehoben werden kann oder ob eine einmalige Spende zum Jahresende für die Landespartei möglich ist. *Mit solidarischem Gruß*
Christoph Cornides,
Landesschatzmeister

Bankverbindung: DIE LINKE.BaWü, Postbank Stuttgart, BLZ: 600 100 70, Konto 289 582 700

Beitragstabelle

Orientierung für die Höhe des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag fest. Je unterhalts-

berechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag.

Monatliches Nettoeinkommen in Euro	Monatlicher Mindestbeitrag
unter 400	1,50 €
über 400 bis 500	3,00 €
über 500 bis 600	5,00 €
über 600 bis 700	7,00 €
über 700 bis 800	9,00 €
über 800 bis 900	12,00 €
über 900 bis 1000	15,00 €
über 1000 bis 1100	20,00 €
über 1100 bis 1300	25,00 €
über 1300 bis 1500	35,00 €
über 1500 bis 1700	45,00 €
über 1700 bis 1900	55,00 €
über 1900 bis 2100	65,00 €
über 2100 bis 2300	75,00 €
über 2300 bis 2500	85,00 €
darüber:	4 % des Nettoeinkommens

An alle Mitglieder und Kreisverbände der LINKEN in Baden-Württemberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben einen außerordentlich erfolgreichen Parteitag hinter uns. Das Programm wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von über 96 Prozent verabschiedet. Alle Strömungen der Partei waren sich ihrer Verantwortung für die gemeinsame Sache bewusst und haben inhaltlich und konsensorientiert gearbeitet.

Nun wird noch ein Mitgliederentscheid darüber befinden. Wir bitten Euch um Eure Beteiligung und Zustimmung.

Im Landesbüro stellen wir in den letzten Tagen wieder mehr Eintritte fest. Entscheidend ist jetzt, dass wir Politik machen, die unsäglichen Personaldebatten beenden und uns als glaubwürdige Alternative zur vorherrschenden Politik bewähren. Die Themen liegen auf der Straße und gerade in Baden-Württemberg haben wir die nächsten Wochen und Monate einiges vor.

Volksabstimmung zu Stuttgart 21 – Ja zum Ausstieg

Gegner und Befürworter des Milliardengrabes S21 haben mit ihren Kampagnen begonnen. DIE LINKE Baden-Württemberg ist fester Bestandteil der „Ja-Kampagne“. Sie ist in der Kampagnenleitung des landesweiten Bündnisses



zu Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie!

Am 27.11. Stuttgart 21 stoppen:
ja-zum-ausstieg.de/demokratie

JA ZUM AUSSTIEG

„Ja zum Ausstieg“ mit vertreten und mobilisiert für ein gutes Ergebnis. Wir wissen um die Risiken, die insbesondere durch das Quorum gegeben sind (ein Drittel der Wahlberechtigten müssen mit JA stimmen, damit das Ausstiegsgesetz durch die Volksabstimmung in Kraft tritt). Hier üben wir auch deutliche Kritik an SPD und Grünen, sich

auf ein solches Verfahren einzulassen. Trotzdem kann es gelingen, zumindest eine einfache Mehrheit für ein JA zum Ausstieg aus „Stuttgart 21“ zu erzielen. Mit einer einfachen Mehrheit im Rücken kann der Druck auf die Landesregierung aufrechterhalten werden, aus dem Projekt auszusteigen. So oder so vertritt DIE LINKE den Standpunkt, dass der Protest auf der Straße weitergehen muss, vor und nach der Volksabstimmung.

Materialien des Kampagnenbündnisses zur Volksabstimmung (Plakate, Flyer u.a.m.) können von den Kreisverbänden bestellt werden unter:

<http://www.ja-zum-ausstieg.de/nc/service/materialien-bestellen/>

Die Materialien werden vom Kampagnenbündnis kostenfrei abgegeben, jedoch wird zum Materialwert der Bestellung auf die Möglichkeit einer Spende hingewiesen.

Wichtig bei der Verteilung der Materialien ist auch, dass sich unsere Kreisverbände mit den entsprechenden Basisstrukturen insbesondere von Grünen, BUND und des DGB vor Ort abstimmen, damit z.B. die gleichen Haushalte nicht doppelt mit Flyern bestückt werden, während andere Haushalte nichts erhalten.

Wir haben eine neue Ausgabe des KURSWECHSEL herausgegeben, die mit diesem Landesinfo verschickt wird. Aufmacher ist das Thema Volksabstimmung, aber auch andere Themen der Landespolitik werden behandelt, ebenso die aktuelle Euro- und Schuldenkrise. Bitte organisiert Infostände, verteilt auch das Material des Bündnisses, den Kurswechsel, organisiert Veranstaltungen, bildet Bündnisse, seit präsent. Falls ihr ReferentInnen benötigt, einfach im Landesbüro anrufen. Am 2.11. war in Stuttgart eine Veranstaltung zur Volksabstimmung mit Gregor Gysi, bei der über 600 Teilnehmer/innen waren. Weitere fünf Veranstaltungen der Bundestagsfraktion laufen: in Karlsruhe am 9.11., in Brackenheim am 14.11., in Friedrichshafen am 16.11., in Mannheim am 21.11., und in Freiburg am 25.11. Als ReferentInnen stehen in verschiedenen Städten unsere Abgeordneten zur Verfügung. Ansprechbar sind auch Sybille Stamm, Marta Aparicio, Ursel Beck, Edgar Wunder, Bernd Riexinger und Walter Kubach, die im Aktionsbündnis der K 21-Bewegung in Stuttgart aktiv sind.

Aktivitäten zur Schulden- und Eurokrise

Das bundesweit beherrschende Thema ist ohne Zweifel die aktuelle Schulden- und Eurokrise. DIE LINKE ist hier gut aufgestellt. Sowohl unsere Kritik an der

mangelnden Regulierung des Finanzsystems, am System des finanzgetriebenen Kapitalismus, an der Art und Weise, wie mit Griechenland umgegangen wird, als auch an der Unfähigkeit der Regierung, die Krise auch nur annähernd zu bewältigen, wird durch die Realität längst bestätigt. Es ist eine Frage der Zeit, bis diese Krise auch in Deutschland auf die konjunkturelle Entwicklung durchschlägt und die soziale Frage erneut aufwirft.

Schneller als gedacht, gehen Tausende von Menschen auf die Straße. Die Occupy-Bewegung ist ein erster Ausdruck des Unmuts. Auch in Baden-Württemberg (Stuttgart und Freiburg) fanden Kundgebungen statt. Die Gewerkschaften werden bei ihren Tariffrunden mit der Krise konfrontiert werden. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir unsere Kritik und unsere Alternativen



in der Öffentlichkeit verankern. Ein erster Flyer wurde bereits im Sommer erstellt. Auch der Bundesvorstand hat eine bundesweite Kampagne beschlossen. Erste Veranstaltungen in verschiedenen Kreisverbänden fanden statt und waren teilweise sehr gut besucht. Wir schlagen vor, in allen Kreisen Veranstaltungen und Diskussionsrunden zu organisieren, Infos zu verteilen und, soweit möglich, Aktionen zu machen.

Auch die Materialien der Bundespartei zur Eurokrise wurden bereits an die Kreisverbände ausgeliefert.

Mitgliederwerbung

Die Zeit ist gar nicht so schlecht, Interessierte auf die Mitgliedschaft anzusprechen.

Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die zur besseren Mitgliederwerbung Vorschläge erarbeitet und positive Er-

fahrungen in Kreisverbänden zusammenragt, wie mehr Mitglieder stärker an der Arbeit der Partei beteiligt werden können.

Unabhängig davon können wir die Aktivitäten zur Mitgliederwerbung ab sofort verstärken. Der weitere Aufbau unserer Partei hängt wesentlich davon ab, neue Mitglieder zu gewinnen und in die Arbeit der Kreisverbände zu integrieren.

Weitere Aktivitäten

Die beschlossene Kampagne zu gebührenfreien Kindertageseinrichtungen wird vorbereitet. Hier müssen jedoch noch die genauen Forderungen entwickelt und ein Kampagnenkonzept erarbeitet werden. Wir wollen das noch im alten Jahr in die Wege leiten. – Das Forum Kommunalpolitik hat getagt und einen neuen Vorstand gewählt. Linke Kommunalpolitiker aus

ganz Baden-Württemberg diskutierten über das Thema Sozialticket und eine bessere themenbezogene Vernetzung untereinander. Wir wollen mehr Interessierte in unsere kommunale Arbeit vor Ort einbeziehen.

Mit solidarischen Grüßen

*geschäftsführender Landesvorstand:
Christoph Cornides, Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller, Heidi Scharf, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit*

Occupy-Bewegung in Stuttgart: „Internationale Solidarität statt Nationalpopulismus“

Redeauszüge von Bernd Riexinger bei der Kundgebung am 15. Oktober auf dem Schlossplatz

(...) Merkel und andere hatten nach der Finanzkrise 2008 vor laufenden Kameras erklärt, dass sich so etwas nicht wiederholen dürfe. Es ist unfassbar, dass die ganze herrschende politische Klasse nichts, aber auch gar nichts aus dieser Krise gelernt hat. Keine Steueroase wurde geschlossen, keine Hedgefonds und keine Schattenbanken verboten, keine außerbilanziellen Geschäfte ans Licht gezerrt, nichts, gar nichts. Keinerlei ernsthafte Regulierung des Finanzmarktes ist erfolgt. Sie dürfen ihre dubiosen und gefährlichen Geschäfte weiter führen, als sei nichts gewesen.

Statt die Finanzakrobaten an die Kette zu legen, sehen sie ihre Aufgabe darin, die Politik in ganz Europa den Interessen des Finanzkapitals unterzuordnen. Wie ein angeschlagener Boxer werden sie von den Banken und Investmentgesellschaften durch den Ring getrieben. Die Märkte hätten kein Vertrauen in die Politik, die Märkte erwarten eine solide Finanzpolitik, tönen sie, und ihre Claqueure schnattern und plappern es nach

wie ein ganzer Schwarm von Papageien. Hilflös, nachdem sie vom XXL-Aufschwung schwärmten, jetzt schon wieder dem Volk die nächste Krise erklären zu müssen (...)

Für uns muss das Prinzip gelten: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes und nicht Herrschaft einer kleinen Clique von Reichen und Mächtigen über das Volk. Dafür demonstrieren wir heute in der ganzen Welt.

Es ist peinlich, sich das Gestammel über die ständigen Sachzwänge anhören zu müssen. Peinlich und gefährlich ist es auch, wenn die Bevölkerungen der einzelnen Länder gegeneinander ausgespielt werden. Das Bild der faulen Griechen, denen wir jetzt ihre Schulden bezahlen müssen, ist längst wiederlegt. Langsam dämmert es auch mehr und mehr Menschen, dass es nicht um die Rettung von Griechenland geht. Es geht um die Rettung der Banken, deren Staatsanleihen sonst wertlos werden. Griechenland hat

nach den verschiedenen Rettungspaketen heute noch mehr Schulden. Die griechische Wirtschaft wird amputiert. Sie müssten ein anhaltendes Wirtschaftswachstum von 7 % erzielen, um ihre Schulden zurückzahlen zu können. Die griechische Regierung wird zu einem sozialen „Krieg“ gegen die eigene Bevölkerung gezwungen.

Nicht die Busfahrer, kleinen Beamten und Rentner, denen jetzt die Löhne um 30 % gekürzt werden, die jetzt in Griechenland bezahlen müssen, haben die Krise verursacht. Sie haben auch nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Ihr Durchschnittslohn beträgt gerade mal 800 Euro, bei einem durchaus vergleichbaren Preisniveau. Viele Griechen verlieren ihre Arbeitsplätze und viele werden sogar in die Armut getrieben. Der griechische Staat wird kaputt gespart, ohne Aussicht auf Verbesserung. Die ganze Politik beschränkt sich darauf, ein falsches Rezept mit einer noch höheren Dosis zu verschreiben. Dabei dürfen wir uns nichts vormachen. Griechenland dient als Blaupause für alle Länder im Umgang mit der Schuldenkrise. (...)

Ausgeblendet aus der Diskussion über die Schuldenkrise wird die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm. Das neoliberale Politikprojekt hat in einem unvorstellbaren Maße zur Konzentration irren Reichtums einiger Weniger geführt. In den letzten 15 Jahren verdoppelten sich die Vermögen der Millionäre und Multimillionäre in Europa von rund 5000 Milliarden US Dollar auf 10 000, das sind zehntausend Milliarden. Weltweit von 20 000 Milliarden auf 43000 Milliarden. Die reichsten 51 Männer (es sind meistens Männer) der Welt besitzen mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung in den armen Ländern.

Gleichzeitig – ein Grund für die Vermögenskonzentration – wurden Reiche und Unternehmen steuerlich immer mehr entlastet. Allein seit 1995 sanken in Europa die Spitzensteuersätze um 10 % und für Unternehmen um 10 %. Die Körperschaftssteuer in Deutschland sank von 53 % auf 15 %. Statt Steuern zu

Gesine Löttsch: das griechische Volk wird nicht gefragt

Zum undemokratischen Umgang der europäischen Regierungen mit Griechenland erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch:

Griechenland ist zum Spielball der Börsen geworden. Die Kanzlerin hat nichts Besseres zu tun, als dieses Spiel mitzuspielen. Es ist ein dramatisches Zeichen des demokratischen Verfalls, wenn eine Volksabstimmung in Griechenland bei den Herrschenden in Europa solch eine Empörung auslöst. Keiner der europäischen Regierungschefs hat sich jemals so über die Banken und Börsen empört, die Griechenland zum Spielball gemacht haben. Die Absage des Referendums und die Bildung einer Übergangsregierung in Griechenland zeigen, dass Griechenland direkt aus Brüssel regiert wird. Das griechische Volk wird gar nicht mehr nach seiner

Meinung gefragt. Es ist schon jetzt klar zu erkennen, wer die nächsten Opfer der Börsen und Banken sein werden. Dieses Roulettespiel können nur die Menschen selbst, gegen ihre neoliberalen Regierungen, beenden.

Der Euro wird nicht gerettet, indem immer drastischere Kürzungspakete in ganz Europa geschnürt werden. Das wird die Krise nur verschärfen. Der Euro hat nur eine Überlebenschance, wenn die Finanzmärkte entmachtet werden. Wir brauchen einen öffentlichen Bankensektor, der den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft dient.

DIE LINKE ist solidarisch mit den Menschen in Griechenland, Italien, Spanien, Irland und allen anderen Ländern, die nicht länger hinnehmen wollen, dass der Reichtum weiter von unten nach oben verteilt wird.

erheben, haben sich die Staaten immer mehr bei den Vermögenden verschuldet, die davon auch noch profitieren. Der Leitsatz privater Reichtum bei öffentlicher Armut wurde zur herrschenden Politik. Wir brauchen keinen Sozialabbau, keine Lohnsenkungen und keine Einsparung bei Bildung, Ökologie und Sozialem. Wir brauchen endlich eine angemessene Besteuerung der Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer. Geld ist genug da, aber dramatisch ungerecht verteilt.

Die Wallstreet-Occupy-Bewegung hat drei Slogans: Stoppt den Krieg, besteuert die Reichen, wir sind 99 %. Wir sind Teil einer internationalen Bewegung gegen den finanzgetriebenen Kapitalismus. Wir wollen, dass die Spekulation auf den Finanzmärkten verboten wird. Schließt die Steueroasen, verbietet Hedgefonds und Schattenbanken, stellt die Banken und Investmentgesellschaften unter öffentliche Kontrolle. Wann werden endlich Banken vergesellschaftet, die nicht bankrott sind? Die Reichen müssen endlich angemessenen Steuern bezahlen. Der Reichtum muss anders, gerecht verteilt werden. Wer über Armut redet, muss auch über den Reichtum reden. Statt andere Länder in den Ruin zu treiben, wollen wir wirtschaftliche und soziale Angleichung, aber nicht nach unten. Statt Nationalpopulismus setzen wir auf internationale Solidarität. Statt der



Profiteure zur Kasse! – deutsch-französische Demonstration gegen „Merkozy“ in Freiburg

Am Samstag, den 5. November, demonstrierten in Freiburg tausend Menschen gegen die Politik von „Merkozy“, also Merkel und Sarkozy. Anlass war der G20-Gipfel, der in der Woche davor in Cannes stattfand. Dessen Ergebnis: nichts! Keine Finanztransaktionssteuer, keine öffentliche Kontrolle über die Banken, keine Schließung von Hedgefonds oder Steueroasen. Stattdessen sollen die Griechen und Italiener für die deutschen und französischen Banken zahlen, berichtet Dirk Spöri vom Landesvorstand der Südwest-LINKEN, selbst Teilnehmer der Kundgebung.

An der überregionalen Demonstration in Freiburg beteiligte sich DIE LINKE zusammen mit ihren Schwesterorganisationen aus Frankreich. Die Forderungen: – Profiteure zur Kasse! – Mindestlohn einführen, Reiche besteuern statt Milliarden für die Banken! – Internationale Solidarität statt Nationalismus!

Diktatur der Wirtschaft und des Finanzkapitals wollen wir echte Demokratie im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung.

Deshalb ist unsere Bewegung eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

Öffentliche Haushalte von Kapitalmarktabhängigkeit befreien!

Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN haben auf ihrer Zusammenkunft in Düsseldorf am 4. November folgende Erklärung verabschiedet:

Die Erweiterung des Europäischen Rettungsschirms markiert nicht den Anfang vom Ende der Krise, sondern den Einstieg in eine neue Phase der Krise. Denn die Zustimmung der Mehrheit des deutschen Bundestages zur erweiterten EFSF bedeutet, dass auch die deutschen Steuerzahler/-innen unmittelbar in die Zahlungspflicht für den Ausfall von Staatsanleihen einzutreten haben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat damit eine Garantieerklärung für die großen Vermögen und eine Verlängerung der Lizenz des Casinokapitalismus erteilt.

SPD und Grüne, die immer wieder behaupten, die richtigen Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen, haben dem zugestimmt. Damit haben sie klar gemacht, dass sie einer Politik des Abwälzens der Krisenlasten auf die Bevölkerung Deutschlands und der anderen EU-Staaten keine ernsthafte Alternative entgegensetzen. Die Entzauberung der Neuauflage von Rot-Grün hat mit der Zustimmung von Steinmeier und Trittin auch zu dieser Erweiterung des Euro-Rettungsschirms begonnen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz bekräftigt die Forderung der LINKEN, den Bankensektor öffentlich-rechtlich und transparent zu gestalten und unter demokratischer Kontrolle streng zu regulieren. Denn die öffentlichen Haushalte müssen sofort von der Abhängigkeit der großen privaten Banken befreit werden. Dazu müssen vor allem die angeschlagenen Staaten die Möglichkeit bekommen, über eine öffentliche Bank zinsgünstige Kredite aufzunehmen. Gleichzeitig ist der Schuldenstand durch eine Beteiligung der Banken und privaten Gläubiger sowie durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch zu senken.

Die Finanzkrise ist eine Krise des



Kapitalismus. Sie ist keine Staatsschuldenkrise. Die Einführung der Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in anderen europäischen Staaten ist völlig kontraproduktiv und zwingt gerade die angeschlagenen Länder zu weiteren krisenverschärfenden Einsparungen. Die Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN gehen davon aus, dass auch die Entwicklung der Länderhaushalte zunehmend in Widerspruch zu den Vorgaben der Schuldenbremse geraten wird. Deshalb muss die Einnahmehasis der Länder und Kommunen nachhaltig gestärkt werden. Dazu gehört nicht nur die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, sondern auch eine stärkere Kostenbeteiligung des Bundes an den Bildungsausgaben der Länder sowie an den Sozialausgaben der Kommunen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz bedauert in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die griechische Regierung das geplante Referendum über das neue EU-Finanzpaket abgesagt hat. Dass eine Befragung der Bevölkerung, die die erneuten, mit dem Paket verbundenen massiven sozialen Einschnitte tragen muss, als nicht opportun erachtet wird, belegt erneut den gravierenden Mangel an Demokratie nicht nur während der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzordnung.

Europäische Sozialcharta ratifizieren

Annette Groth, Bundestagsabgeordnete der LINKEN und menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, zum 50. Jahr der Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta:

„Vor 50 Jahren wurde die Europäische Sozialcharta als Grundrechtekanon für den europäischen Integrationsprozess formuliert. 1996 wurde eine weitergehende Fassung vom Europarat verabschiedet, von Deutschland aber noch nicht ratifiziert. Wesentliche Teile des

völkerrechtlich verbindlichen Abkommens sind in Deutschland noch nicht umgesetzt. Angesichts der akuten Prekarisierung in vielen Wirtschaftsbranchen, insbesondere für Frauen im Dienstleistungssektor, muss die Bundesregierung endlich die Charta ratifizieren. Sie würde für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer existenzsichernde Löhne und eine sinkende Wochenarbeitszeit entsprechend der Produktivitätssteigerung garantieren. Für Menschen ohne Arbeit formuliert die Charta das Grundrecht auf eine ausreichende Unterstützung im Gegensatz zu den verfassungswidrigen und diskriminierenden Hartz-IV-Regel-

sätzen in Deutschland“, so das stellvertretende Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Die aktuelle Entwicklung in Europa, insbesondere der Verfall von Löhnen und Sozialleistungen, zeigt die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung der Union. Ohne ein verbindliches und kollektives Vertragswerk zu sozialen Rechten muss Europa scheitern. Wer die Ursachen der Finanzmarktkrise bekämpfen will, muss sich für steigende Löhne, eine gerechte Verteilung des Wohlstands und soziale Sicherheit einsetzen. Die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta wäre dazu ein wichtiger Schritt. DIE LINKE im Bundestag wird die Regierung auffordern, nun den Ratifizierungsprozess einzuleiten, einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, die Senkung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden und einen repressionsfreien Hartz-IV-Regelsatz von 500 Euro in nationales Recht umzusetzen.



Deutsch-französische Zusammenarbeit

Im Rahmen der Demonstration am 5. November in Freiburg trafen sich Genossinnen und Genossen der LINKEN, der Parti de Gauche aus Strasbourg und Besancon sowie der Parti Communiste aus Strasbourg im Freiburger Linksbüro. In den vergangenen zwei Jahren ist eine enge Zusammenarbeit der Linken beiderseits des Rheins entstanden. Neben der gegenseitigen Teilnahme an Demonstration – vom Protest gegen den deutsch-französischen Gipfel im Dezember 2010 über eine Anti-Atom-Demonstration in Strasbourg Ende Oktober bis zum internationalen Block auf der Demo am 5. November – gibt es auch regelmäßige Treffen. Um die Zusammenarbeit zu festigen und auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es für die Linke keine Grenzen gibt, wurde beschlossen, ein deutsch-französisches Blog im Internet einzurichten. Damit soll zweisprachig über wichtige Entwicklungen im Elsass und in Baden-Württemberg informiert und für gemeinsame Aktionen und Demonstrationen geworben werden. Mit Blick auf die Gefahr des Rechtspopulismus und die rassistische Argumentation von den „faulen Griechen und Spaniern“ ist es ein gutes Signal, dass DIE LINKE den Internationalismus lebt.

von Volker Bohn und Dirk Spöri

G 20 produzieren neue Armut

Anlässlich des zu Ende gehenden G 20-Gipfels in Cannes erklärte Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Vorsitzende des Unterausschusses der Vereinten Nationen im Bundestag:

Die G 20 bekämpfen keine Armut sondern produzieren neue Armut, sowohl in den Industrie- als auch Entwicklungsländern. Das Blockieren der Finanztransaktionssteuer ist verantwortungslos und bedeutet ein Kotau vor den Finanzmärkten. Statt rigoros die deregulierten Finanzmärkte und die damit verbundenen Nahrungsmittelspekulationen einzuschränken setzen die G 20 weiterhin auf neoliberale Entwicklungsansätze, die die zunehmende globale Ungleichheit nur noch verstärken. Mittlerweile ist die Zahl der Hungernen auf über eine Milliarde Menschen angestiegen.

Die LINKE fordert daher, die Spekulation mit Nahrungsmitteln endlich zu verbieten. Die demokratisch nicht legitimierten G 20 müssen der wirtschaftspolitischen Regelkompetenz und Legitimität der Vereinten Nationen unterstellt werden, wie es die Reformvorschläge der Stiglitz-Kommission für eine neue Wirtschafts- und Finanzarchitektur vorsehen.

Ebenso fordert die LINKE die Bundesregierung auf, die dringend benötigte Finanztransaktionssteuer in einer „Koalition der Willigen“ in Europa umzusetzen, als Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung in den Ländern des globalen Südens.



Klaus Ernst: Klotzen, nicht kleckern beim Mindestlohn

„Nachdem nun auch in der Union der Widerstand gegen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erlahmt, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Kanzlerin sollte noch in diesem Jahr die im Bundestag vertretenen Parteien und die Sozialpartner einladen, um einen parteiübergreifenden Mindestlohnkonsens zu erarbeiten“, forderte der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Klaus Ernst. „Angesichts des sich immer schneller ausbreitenden Niedriglohnsektors ist klar, dass wir beim Mindestlohn jetzt klotzen müssen und nicht kleckern dürfen.“

Wer wie die Union nun ausgerechnet die Leiharbeitsstarife zum Vorbild für eine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze nehmen will, würde den Niedriglohnsektor eher zementieren, als dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten von ihrer Arbeit würdevoll leben können. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass jede dritte Frau und fast jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren in Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt werden. Deshalb führt an einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro je Arbeitsstunde kein Weg vorbei.

Damit würde zugleich ein starker Impuls für die Binnenkaufkraft gegeben und so die Krisenresistenz der Wirtschaft gestärkt. Zudem könnte endlich die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen durch das Aufstocken auf Hartz IV-Niveau beendet werden, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden kostet. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist das Gebot der Stunde.



Michael Schlecht, MdB, Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand

Lohnuntergrenze? Tricks und Täuschungen der CDU

Das ist doch richtig prima: Die CDU will scheinbar einen Mindestlohn, auch wenn er verschämt „Lohnuntergrenze“ genannt wird. Dass die Positionsverschiebung bei der CDU jetzt kommt, liegt an der spätestens 2013 anstehenden Bundestagswahl. Da macht es sich gut, am sozialen Profil zu arbeiten. Der BDA-Präsident Dieter Hundt beklagt, dass die CDU wohl der Meinung der Bevölkerung nachgegeben habe.

Jedoch weigert sich die CDU, einen festen Euro-Betrag für die „Lohnuntergrenze“ gesetzlich festzulegen. Sie will, dass die Tarifvertragsparteien diese ausmachen, allerdings nur für Branchen und Wirtschaftsbereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt. Diese „Lohnuntergrenze“ soll dann gesetzlich für allgemeinverbindlich erklärt werden.

So etwas kann sich nur jemand ausdenken, der von der Tarifwirklichkeit

keine Ahnung hat oder die Öffentlichkeit bewusst täuschen will.

Mit der Agenda 2010, die SPD und Grüne 2003 beschlossen haben, wurde der Tarifautonomie ein weiterer Schlag versetzt. Wenn immer mehr Menschen befristet arbeiten und um die Verlängerung zittern, wenn immer mehr nur noch Leiharbeiter haben, wenn vor allem immer mehr Frauen in Minijobs nur noch eine zerstückelte Arbeitswelt erleben, dann ist gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht massiv eingeschränkt. Hinzu kommt die allgegenwärtige Angst vor dem Absturz in Hartz IV, die wie eine disziplinierende Peitsche über den Köpfen kreist. So konnten die Gewerkschaften in vielen Tarifbereichen nur noch miserable Abschlüsse erzielen. Häufig waren neue Tarifverträge überhaupt nicht mehr möglich. Vor zwanzig Jahren haben noch 70 Prozent der Beschäftigten unter dem Schutz eines Tarifvertrages gearbeitet, heute sind es nur noch rund 50 Prozent.

Die immer wieder gerade auch von konservativen Politikern gepriesene Tarifautonomie ist in weiten Teilen zerstört worden. Mit dem Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes, der bis zur Einführung von Hartz IV faktisch eine „Lohnuntergrenze“ darstellte, war der freie Fall der Löhne vorprogrammiert. Dies war der letzte Anlass für Verdi als Notwehrmaßnahme auf den allgemeingültigen, gesetzlichen Mindestlohn zu setzen.

Wenn die CDU jetzt Krokodilstränen ob des Schicksals der Hunger- und Niedriglöhner vergießt, sich gleichzeitig weigert, den Mindestlohn festzulegen, dann ist dies tiefender Zynismus. Den schwarzen Peter den Tarifvertragsparteien zuzuschieben, ist so, als würde man einem Menschen die Beine brechen und dann von ihm verlangen, hundert Meter zu laufen. Als beispiel-



hafte Orientierung wird in der CDU auf die Mindestlohnsätze bei Leihbeschäftigten in Höhe von 7,79 Euro im Westen und 6,89 Euro im Osten ver-

weisen. Einmal abgesehen davon, dass diese Sätze viel zu niedrig sind und die Ost-West-Diskriminierung grotesk ist – wie sollte der DGB mit dem BDA

als Verhandlungspartner selbst solche „Lohnuntergrenzen“ durchsetzen? Ohne jeglichen Druck aus den Betrieben?

Zum gesetzlichen Mindestlohn, betrage er 8,50 Euro wie vom DGB oder zehn Euro wie von der Linken gefordert, gehört zwingend die Festlegung durch den Gesetzgeber. Wer das verweigert, will keine „Lohnuntergrenze“, die die Lebenslage der Menschen verbessert, geschweige denn den Mindestlohn.

Vorschlag der Landes-AG Betrieb & Gewerkschaft

Das ist Aktionsangebot für Kreis- und Ortsverbände für die Adventszeit, geeignet für Infostände und Aktionen im Bereich von Einkaufszentren oder Fußgängerzonen:

**Ihnen einen entspannten Advents-Einkauf.
Und der Verkäuferin einen guten Lohn. DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Mit dieser Aktion sollen Weihnachtseinkäuferinnen mit einem Transparent und einem Flugblatt angesprochen, und diese Inhalte sollen übergebracht werden:

„Hier im Einzelhandel arbeiten vor allem Frauen unter ganz schlechten Arbeitsbedingungen zu Hungerlöhnen. Wir wollen, dass Verkäuferinnen von ihrer Arbeit auskömmlich leben können und ohne Angst in die Zukunft blicken können. Hierzu gehört gute Arbeit und ein guter Lohn. Zum Beispiel ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro. Zum Beispiel: Keine erzwungene Teilzeitarbeit. Klar geregelte Arbeitszeiten ohne unbezahlte Mehrarbeit. Kein Lohndumping über Leiharbeitsverhältnisse.“

Zum Spannband zusätzlich kann eine Karte bestellt werden mit einem aufgeklebten Marzipan-Schokoladetäfelchen, die zur Verteilung an die Verkäuferinnen gedacht ist. Die Materialien müssen bis Ende November bestellt werden. Genaueres erfährt ihr über die Kreisvorstände.

Wer streikt, kann etwas erreichen

„Die Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe haben eine deutliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreicht. Dies war nur möglich mit den Streiks, mit denen die städtischen Arbeitgeber unter Druck gesetzt wurden“, so Michael Schlecht, MdB. Endlich wieder 100 Prozent Jahressonderzahlung und 30 Tage Urlaub für alle, allein das sind wichtige Verbesserungen für die Beschäftigten. Bei den Stadtverwaltungen lagen die Nerven blank. Das zeigte sich besonders, als der Stuttgarter Nahverkehrsbetrieb SSB letzten Monat eine skandalöse faktische Aussperrung der Beschäftigten verhängt hatte.

Holt die Bundeswehr aus Afghanistan zurück!

Von Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Das fordert DIE LINKE seit zehn Jahren. Der Krieg in Afghanistan dauert mittlerweile eben so lang wie der Vietnamkrieg. So wie DIE LINKE denkt die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Menschen wollen, dass die Bundeswehr zurückgeholt wird – ohne Wenn und Aber. Verweigert haben sich bisher immer die Regierungen, egal ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb. Verweigert hat sich die Rüstungsindustrie, sie verdient gut am Krieg, und das Töten ist ihr Geschäft. Verweigert hat sich die Generalität der Bundeswehr, sie redet sich darauf heraus, dass sie nur Befehle ausführt. Das hatten wir schon einmal. Aber: Die „Befehle“ kommen vom Bundestag. Er setzt die Bundeswehr ein. Alle Abgeordnete, die mit Ja gestimmt haben, tragen Verantwortung für das Töten in Afghanistan.

Mittlerweile weiß man viel über die Lage in Afghanistan. Man kann zumindest viel wissen, wenn man denn will. Über einiges berichtet auch die Bundesregierung. Zum Beispiel, dass die militärische und Sicherheitslage schlecht ist, dass die afghanische Regierung unfähig, aber lernbereit sei, dass es hier und dort Verbesserungen gegeben habe. Aber

über den Kern will man nicht berichten. Auf die konkrete Frage, wie viele Tote und Verletzte der Afghanistankrieg bisher gefordert hat, gibt es immer die Antwort, das sei der Bundesregierung nicht bekannt. Man könnte aber wissen – zumindest schreiben viele Zeitungen darüber -, dass in den zehn Jahren Krieg über 200 000 Menschen Leben oder Gesundheit verloren haben. Man kann wissen, dass mehr als 2 700 Koalitionssoldaten ums Leben gekommen sind. Man weiß, dass 53 Bundeswehrangehörige, die der Bundestag nach Afghanistan geschickt hat, umgekommen sind – darüber hinaus auch drei deutsche Polizisten. Man weiß, dass mehr als 130 afghanische Zivilisten Opfer des von dem deutschen Oberst Klein befohlenen Bombenabwurfs bei Kundus geworden sind.

Immer roher und gewalttätiger wird die Kriegsführung. Die eingesetzten NATO-Truppen, vor allen Dingen die Truppen der USA, praktizieren „gezielte Tötungen“. In irgendeinem Militär- oder Geheimdienststab wird irgendwer als Taliban, Aufständischer, Terrorist oder sonstiger Feind ausgemacht. Vielleicht ist derjenige sogar ein Feind, vielleicht aber auch nicht. Keine öffentliche Anklage, keine Beweisführung und keine Verteidigung. Der Ausgemachte wird auf eine Liste gesetzt und irgendwann und irgendwo umgebracht, wenn man einschätzt, ihn nicht festsetzen zu kön-

nen. Auch deutsche Behörden benennen Personen für diese Liste, die ich als Todesliste bezeichne. Die Verteidigungsminister der beteiligten Länder müssen eine solche Benennung genehmigen. Sie waschen ihre Hände in Unschuld, sie haben ja nur benannt.

Der Afghanistankrieg ist über fünf deutsche Verteidigungsminister hinweg gegangen. Rudolf Scharping (SPD) dachte noch, dass der Krieg schnell zu gewinnen sei. Struck (SPD) wollte Deutschland am Hindukusch verteidigen und damit übertünchen, dass sich Deutschland an einem verbotenen Angriffskrieg beteiligt. Franz Josef Jung (CDU), der viel lieber Landwirtschaftsminister geworden wäre, kämpfte bis zu seiner letzten Sekunde im Amt, den Krieg nicht bei seinem Namen zu nennen. Das Gastspiel von Karl-Theodor zu Gutenberg war nur kurz, aber schauspielerisch top besetzt. In den Hauptrollen Karl-Theodor und seine Frau Stefanie, an der Kamera Showmaster Kerner. Die Bevölkerung sollte die Show genießen, tut sie aber nicht. Der Neue im Amt, Thomas de Maizière, lässt den Krieg berechnen. Er ist ein Mathematiker des Krieges, was vielleicht gefährlicher ist als alles, was wir vorher hatten. Da wir gerade beim Berechnen sind: 17 Milliarden Euro hat der Krieg die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bisher gekostet. Pro Kopf der afghanischen

Bevölkerung also rund 3.800 Euro – nur für den Krieg und nur von Deutschland.

DIE LINKE hat beantragt, dass der Bundestag die Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan widerruft, den Einsatz der Bundeswehr für beendet erklärt und sie unverzüglich aus Afghanistan abzieht. Darüber wird namentlich abgestimmt. Jede Bürgerin, jeder Bürger unseres Landes sollte ihren oder seinen Abgeordneten ganz konkret fragen: Haben Sie für oder gegen den Krieg gestimmt? Die Zeit ist überreif, diesen Krieg endlich zu beenden.

Schulen ohne Bundeswehr!

DIE LINKE Baden-Württemberg traf sich am Samstag, 24. September 2011 zu einem landesweiten Friedensratschlag.

Thomas Haschke, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden, kritisierte die neue Landesregierung: „Auch unter Grün-Rot kommt die Bundeswehr an die Schulen. Denn der Umgang mit der Kooperationsvereinbarung wurde von der neuen Regierung auf das nächste Jahr vertagt. Damit darf auch in Baden-Württemberg das Militär weiter in Schulen junge Menschen als ‚Kanonenfutter‘ rekrutieren.“

„Im Rüstungsland Baden-Württemberg ist es Zeit für einen grundsätzlichen Wandel. Der neueste Skandal um Heckler&Koch-Waffenlieferungen an Libyen ist nur die Spitze des Eisbergs. Baden-Württemberg muss Frieden exportieren statt Kriege zu befeuern“, so Dirk Spöri vom Landesvorstand der LINKEN Baden-Württemberg.

Tobias Pflüger aus Tübingen und Mitglied im Parteivorstand informierte über die Bundeswehrreform und mögliche Standortschließungen: „Die Bundeswehrreform ist eine Bedrohung für die Welt, denn die Armee soll noch mehr zur globalen Eingreiftruppe werden. KSK in Calw schließen, statt ausbauen, das ist dringend nötig!“ Doch Pflüger sieht auch Chancen: „Die ehemaligen Standorte öffentlich und zivil zu nutzen: das sollte Vorbild für alle noch aktiven Bundeswehr-Standorte werden und würde Arbeitsplätze schaffen!“

Claudia Haydt, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei, erläuterte in Bezug auf die arabischen Revolten, welche Bedeutung westliche Waffenlie-

ferungen und Sicherheitskooperation für die Stabilisierung von Diktaturen hatten und immer noch haben. Sie machte klar, dass es dringend notwendig ist, gegen neokoloniale Einflussnahme aktiv zu werden, damit die Menschen in der Region die Früchte der Demokratiebewegungen ernten können und ihnen diese nicht vom Westen gestohlen werden können: „Die Kämpfe gegen Neoliberalismus, gegen NATO-Kriegspolitik und für demokratische Rechte sind ein gemeinsamer Kampf in Europa und in der arabischen Welt.“

Als Friedenspartei erinnerte DIE LINKE an den nun schon zehn Jahre währenden Krieg in Afghanistan. Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel ruft deshalb auf zum Protest gegen die Afghanistan-Konferenz in Bonn Anfang Dezember „Bundeswehr raus! Der Krieg muss ein Ende haben, damit die Menschen dort nicht länger leiden!“

Proteste gegen die Kriegskonferenz der Bundesregierung

Am 5. Dezember 2011 will die Bundesregierung eine internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn und Petersberg abhalten. Zehn Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 sollen die Weichen für eine Intensivierung des Krieges bis 2014 gestellt werden. In Zukunft sollen vermehrt afghanische Militärs und Polizisten ausgebildet werden, um stellvertretend für die NATO den Krieg fortzusetzen. Es gibt also gute und wichtige Gründe, gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung zu protestieren. Am 3. und 4. Dezember 2011, einem Wochenende, wird es eine bundesweite Demonstration und einen Alternativ-Gipfel in Bonn geben. www.die-linke.de/afghanistan

Termine:

3. Dezember, 11.30 Uhr: **Bundesweite Demonstration** (Kaiserplatz in Bonn)

4. Dezember: **Alternativ-Gipfel** in Bonn Busse fahren u.a. aus Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen. Mitfahrgelegenheiten können über die örtlichen Büros erfragt werden.

Mannheim: Veranstaltung Malalai Joya, Friedensaktivistin und Frauenrechtlerin aus Afghanistan sowie den Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, Kathrin Senger-Schäfer und Michael Schlecht. Am Montag, 28.11. um 20 Uhr in der Jungbuschhalle, Werftstraße 10, 68159 Mannheim.

Bundeswehr zieht ab – leider nicht überall

Die Reduzierung der Bundeswehrstandorte bietet Chancen für zivile Nachnutzung

von Claudia Haydt, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken

Die Bundeswehr verändert sich grundlegend. Aus dem erklärten „Ernstfall Frieden“ ist eine Armee geworden, die sich das Motto gegeben hat „Vom Einsatz her denken“. Kriege und Besetzungen bestimmen die Strukturen. Alles, was für diese offensive Ausrichtung nicht mehr gebraucht wird, das wird nun Zug um Zug über Bord geworfen.

Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, damit fallen im Jahresdurchschnitt 35 000 Wehrdienstleistende weg. Die Anzahl der Zeit- und Berufssoldaten wird von 220 000 auf maximal 185 000 und die Zivilbeschäftigten werden auf 55 000 reduziert. Seit dem 26. Oktober ist klar, welche Auswirkungen diese Bundeswehrreform auf Baden-Württemberg hat. Auch hierzulande wird das Personal deutlich um mehr als 10 000 Stellen verringert. Insgesamt 13 Standorte werden entweder geschlossen oder deutlich reduziert. Gleichzeitig wird die Bundeswehr an Standorten, die für Auslandseinsätze besonders wichtig sind, konzentriert. Das betrifft besonders das Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw, wo zukünftig mehr als 200 zusätzliche Soldaten stationiert werden und Stetten am Kalten Markt, wo etwa 700 weitere Dienststellen eingerichtet werden. Damit erklärt die Bundeswehr auch, den umstrittenen Truppenübungsplatz Heuberg weiter nutzen zu wollen. Neben Lärm- und Umweltbelastung bedeutet dies, dass Flächen in einem großen Radius um die Bundeswehr, auch weiterhin nicht für Windenergienutzung zur Verfügung stehen werden. Die Kreiswehersatzämter werden zwar überall geschlossen, an einigen Orten werden jedoch „Zentren für Nachwuchsgewinnung“, also faktisch Rekrutierungsbüros, eingerichtet (u.a. in Heidelberg, Ravensburg und Schwäbisch Gmünd).

Insgesamt werden in den nächsten Jahren zahlreiche Kasernen, Wohn- und Bürogebäude, Lagerhallen und Freiflächen ihren Status als militärisches Sperrgebiet verlieren (z.B. in Heidelberg, Ellwangen, Karlsruhe, Meßstetten, Sigmaringen, Hardheim und Hohentengen) und für eine zivile Nachnutzung zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Partei DIE LINKE sind diese Veränderungen eine Chance und kein Grund für Weltuntergangsstimmung, wie sie zur Zeit von manchen Bürgermeistern oder Landräten verbreitet wird. Es ist auch wenig hilfreich, wenn man wie der grüne Ministerpräsident Kretschmann

TRUPPEN RAUS AUS AFGHANISTAN!

SIE REDEN VOM FRIEDEN. SIE FÜHREN KRIEG.

**PROTESTE GEGEN „PETERSBERG II“
BONN 03.–05.12.2011**

verbittert um die Garnison in seiner Heimatstadt Sigmaringen kämpft, anstatt rechtzeitig Alternativen zu entwickeln.

In Deutschland gibt es aus den letzten Jahren zahlreiche gute Erfahrungen mit der Konversion von ehemaligen Militärstandorten. Überall wo rechtzeitig geplant wurde, wo die Menschen in der Region an Entwicklung von Konzepten beteiligt wurden und wo nicht die Gewinnmaximierung beim Verkauf der Grundstücke im Vordergrund stand, da war die Konversion eine Erfolgsgeschichte. So gelang es im strukturschwachen Rheinland-Pfalz nach dem Abzug zahlreicher US-amerikanischer Einheiten, anstelle der weggefallenen 26 000 Arbeitsplätze mehr als doppelt so viele neue zu schaffen. In Gewerbeparks, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, durch Anlagen zur Nutzung alternativer Energien und durch Tourismusförderung etc. entstanden nicht nur mehr, sondern im Durchschnitt deutlich qualifiziertere Arbeitsplätze. Die Steuereinnahmen hat dies auch erheblich verbessert, denn die Bundeswehr zahlt keine Steuern und versorgt sich zudem nahezu vollständ-

dig selbst. Als Anschubfinanzierung für die zivile Nachnutzung, für soziale, für ökonomisch oder ökologisch sinnvolle Projekte fordert DIE LINKE Konversionsfördermittel vom Bund und den Ländern. DIE LINKE kämpft zudem dafür, dass Kriegs- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr bald der Vergangenheit angehören, dass die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan und anderen Regionen der Welt zurückgezogen wird. Spezialeinheiten wie das KSK und der Sprengplatz auf dem Heuberg sollten, wie zahlreiche weitere Standorte, an denen Kriege vorbereitet werden, ebenfalls geschlossen werden.

Weitere Informationen:

Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE: Konversion von Bundeswehrstandorten als Entwicklungschance für Kommunen <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/075/1707504.pdf>
 „Truppenreduzierung als Chance“ Dokumentationsbroschüre zur Konversionskonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE (bestellen bei: fraktion@linksfraktion.de)

Nie wieder Atome spalten, um Strom zu erhalten!

Von Monika Knoche, ehem. MdB, KV Karlsruhe, Mitglied im Landesvorstand

In Karlsruhe soll das Institut für Transurane ausgebaut werden. Es befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe. Es ist ein europäisches Institut, das nach einer atomrechtlichen Genehmigung durch das Landesministerium für Umwelt bedarf, dessen Minister der Grüne Franz Untersteller ist. Schon seit längerer Zeit gibt es in Karlsruhe beim BUND, der Antiatombewegung sowie den Linken, aber insbesondere bei den Gemeinden, auf deren Gemarkung dieses Forschungslabor entstehen soll, Widerstand. Um diesen zu befrieden, wurde ein Mediationsverfahren durchgeführt. Doch in grundlegenden Fragen konnten bisher keine Konsense erzielt werden. Der Öffentlichkeitsbeteiligungsprozess ist demnächst abgeschlossen. Die überregionale Bedeutung dieses Forschungsvorhabens betrifft die Glaubwürdigkeit der grün-roten Landesregierung.

Das bestehende Labor, in dem Plutonium gelagert wird, ist aus Sicherheitsgründen nicht mehr verantwortbar zu betreiben. Nach dem Neubau sollen einerseits weiterhin Forschungen betrieben werden, die unzweifelhaft notwendig sind. So sollen die Verfahren für Abfälle aus medizinischer Forschung und Therapie, Sicherheitsstandarts in Bereich abgeschalteter Reaktoren wissenschaftlich begleitet werden und die Endlagerfragen

sowie die forensischen Probleme, also Proliferation von waffenfähigem Material, Gegenstand dessen sein, worüber geforscht wird. Doch muss auch hierbei für das Labor die Sicherheit die höchste Priorität eingeräumt bekommen.

Hier soll aber darüber hinaus eine Forschung betrieben werden, die Atomreaktoren der vierten Generation auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau zu begleiten oder zu betreuen. Exakte Abgrenzungen wurden nicht genannt. Auf jeden Fall sollen in dem Institut Expertenmeinungen zu physikalischen und technischen Fragen erstellt werden, die sich aus der bereits laufenden Forschung am atomaren Material ergeben.

Auch im Deutschen Bundestag hat man sich schon mit den weitreichenden Konsequenzen einer solchen neuen Atomgeneration befasst. Der Wissenschaftliche Dienst des BT hat dazu bereits im Jahr 2008 ausgeführt: „Als Alternative zur direkten Endlagerung im Untergrund über Jahrtausende wird hier die Option diskutiert, vermittels Neutronenbeschuss die langlebigen Nuklide zu verkürzten Verfallszeiten zu bringen (1 000 Jahre).“ „Das setzt die Kenntnis der Eigenschaften aller Nuklide voraus sowie deren Reaktionswahrscheinlichkeiten.“ „Ein intensiver Betrieb von Wiederaufbereitungsanlagen ist als Vorbedingung technisch notwendig.“ „Einige Konzepte sehen vor, mithilfe dieser unterkritischen Reaktoren (sie können nicht durchbrennen) Strom zu

Heckler & Koch verstößt gegen Kriegswaffenkontrollgesetz

„Solche Waffenexporte müssen endlich gestoppt werden“, forderte Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg.

Dass Heckler & Koch gleich doppelt an Diktatoren verdient, ist ein Skandal. Die Firma lieferte Waffen sowohl an Libyen unter Gaddafi als auch an NATO-Streitkräfte, die dessen Regime jetzt mittels Kriegseinsatz auf die Seite schaffte. Wer spricht von den vielen Opfern?

Die illegale Lieferung von Sturmgewehren an Libyen beweist, dass bei den Waffenexporteuren ausschließlich um Profit geht. Das Regime in Saudi-Arabien, das bestimmt nicht demokratischer ist, als es die Gaddafis Diktatur war, erhält auf Wunsch der Bundesregierung ganz legal und ohne den Einspruch von SPD und Grünen weiter deutsche Waffen. Diese mörderische Praxis muss beendet werden. DIE LINKE fordert deshalb ein Verbot von Waffenexporten.

DIE LINKE schlägt gleichzeitig vor, das Thema Konversion der Rüstungsindustrie wieder auf die Tagesordnung der Politik zu setzen. „Es gibt genügend andere sinnvolle und friedfertige Produkte, die eine Firma wie Heckler & Koch mit ihren Beschäftigten und ihrem Knowhow herstellen könnte.“

gewinnen, möglicherweise aber werden sogar neue Kernbrennstoffe „erbrütet“. „Wenn Plutoniumbestände transmutiert werden würden, könnten neue Proliferationsgefahren entstehen oder vermindert werden“. Weiter heißt es: „Da für diese neuen Atommeiler neue Verfahren der Wiederaufbereitung und der Separation entwickelt werden müssten und Grundlagenforschung hierzu in Deutschland und Europa geleistet werden müsste, könnte so ein Prototyp voraussichtlich 2030 erstellt sein.“ Nicht in Deutschland, jedoch in Europa wird diese Atommeiler-Forschung betrieben. Für das ITU ist der Antrag gestellt, die Menge der zu lagern Plutoniumvorräte zu erhöhen. Soll im Labor die Funktionsweise eines solchen Reaktortyps simuliert werden? Wie wird die Landesregierung entscheiden?

Die Verheißung dieser neuen Generation von Atommeilern ist die Reduzierung des atomaren Abfalls, die Verkürzung der Halbwertszeit und als Nebeneffekt, die Gewinnung von Atomstrom. Die Forschung dafür verläuft bereits weltweit. Deutschland will mit dem Institut für Transurane der wissenschaftliche Kopf dabei sein.

Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses am 28. und 29.10.2011

Anlässlich der offensichtlichen Unterwanderung der Tübinger Zivilklausel – u. a. durch die Honorarprofessur des Herrn Ischinger (Leiter der Nato-Sicherheitskonferenz in München, d. Red.) und die anhaltende wehrmedizinischen Forschung – versammelten sich Studierende und Aktive aus Friedens- und Gewerkschaftsinitiativen aus zwölf Universitätsstädten (Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Tübingen, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Jena und Marburg), um über die Militarisierung von Forschung und Lehre sowie über mögliche Gegenstrategien zu beraten.

Der Kongress begann mit der Verlesung eines bewegenden Grußworts des 86jährigen naziverfolgten Widerstandskämpfers Martin Löwenberg. Er erinnerte daran, dass 1945 galt: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen!“, und an den damaligen Konsens der „vier D's“: Denazifizierung, Demonopolisierung, Demo-

den, auch um Nachwuchs zu gewinnen („Celler Appell“ 2008).

Wer mit dem Verweis auf die „Freiheit der Wissenschaft“ die Hochschule für diese Strategien öffnen will, verkennt oder verklärt den politischen Gehalt dieser Freiheit und auch der heutigen Wissenschaft. Zivilklauseln sind ein Ansatz, um tatsächlich eine Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in Gang zu bringen, Lehrinhalte und Forschungsziele zu hinterfragen. Das kann über die Kritik an militärischer Indienstnahme von Lehre und Forschung hinaus gehend auch den Blick auf deren ökonomische Grundlagen lenken. Auch einer Verwischung jeder Grenzziehung zwischen militärischer und ziviler Forschung im Rahmen der Doktrin der „vernetzten Sicherheit“ muss entgegengesteuert werden.

Im Rahmen der lebhaften, teilweise auch kontroversen Diskussion wurde auf dem Kongress über folgende Punkte Einigkeit erzielt:

dass sie vor ihrer Durchführung öffentlich dargestellt und zur Diskussion gestellt werden. Insbesondere Projekte der „zivilen“ Sicherheitsforschung eröffnen oft neue Zugriffsmöglichkeiten auf die individuelle Privatsphäre und offenbaren damit den Konflikt zwischen angeblicher Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit der von den technologischen Entwicklungen betroffenen Individuen.

3. Auch wenn sie unter dem Etikett der „Friedens- und Konfliktforschung“ daher kommt, dient sogenannte Interventionsforschung der Legitimation und Politikberatung für neokolonialistische Projekte und damit nicht dem Frieden. Nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch die Theologie – Stichwort: Mission – sollte die eigene Rolle bei solchen Projekten in der Vergangenheit und Gegenwart kritisch hinterfragen.

4. Forschung und ihre Förderung müssen ebenso wie die Vergabe von Honorar- und Stiftungsprofessuren im Vorfeld öffentlich diskutierbar und transparent sein. Notwendig sind eine grundlegende Demokratisierung der Hochschulen, ihre finanzielle Autonomie und ihre Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren. Insbesondere an den Hochschulen, an denen bereits Zivilklauseln existieren, müssen Mechanismen entwickelt werden, die diese Transparenz sicherstellen und die Einbeziehung möglichst breiter Kreise in die daraus entstehenden Debatten garantieren. Wie mit der Tübinger Ischinger-Professur Fakten geschaffen wurden, ist unerträglich – diese Ernennung muss zurückgenommen werden.

5. Die Durchführung von Lehrveranstaltungen und Vorträgen durch Bundeswehrbedienstete und aktive Reservisten in den Räumen der Universität und im Rahmen des Curriculums ist abzulehnen.

6. Die Regierungsparteien in Baden-Württemberg sind an ihren Wahlkampf Aussagen zu messen. Wenn das KIT-Gesetz und das Landeshochschulgesetz novelliert werden, müssen sie eine klare verbindliche Zivilklausel für alle Hochschulen vorsehen. Die Wissenschaftsministerin soll im Rahmen des anstehenden Bildungsstreiks daran erinnert werden. Es waren die Studierenden des Bildungsstreiks 2009 gewesen, die die Tübinger Zivilklausel forderten und letztlich durchsetzten.

Die Tübinger Erklärung unterstützen! Wir fordern Gruppen und Einzelpersonen auf, die Tübinger Erklärung des Zivilklauselkongresses zu unterschreiben – Näheres : zivilklauselkongress.blogspot.de/ Kontakt: zivilklausel@mtmedia.org



Wernher von Braun, Raketenbauer unter Hitler und Kennedy

kratisierung und eben auch Demilitarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens. Ausdrücklich begrüßte er, dass der Verdi-Bundeskongress die Friedensverpflichtung durch Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert hatte. Angesichts des Umbaus der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ gibt es seit einigen Jahren die erklärte Strategie, Bereiche wie Ausbildung, Aufklärung und Strategieentwicklung an Private und Hochschulen ausgliedern. Die letzteren sollen durch verstärkte Aktivitäten von Jugendoffizieren und Reservisten, durch Stiftungs- und Honorarprofessuren in den sogenannten „sicherheitspolitischen Dialog“ des Militärs eingebunden wer-

1. Forschung im Auftrag des Verteidigungsministeriums und ist ebenso wie Forschung an Rüstungsgütern abzulehnen und widerspricht jeder Zivilklausel. Ebenso wenig wie zwischen Schwert und Rüstung oder einem Panzer und seiner Panzerung kann auch nicht zwischen sogenannten Offensivwaffen und Defensivwaffen unterschieden werden. Beide dienen der Kriegsführung und Durchhaltefähigkeit im Gefecht. Dieser Grundsatz gilt auch für die wehrmedizinische Forschung.

2. Da von der Bundesregierung militärische und zivile Sicherheitsforschung bewusst vermengt werden, ist für alle entsprechenden Projekte zu fordern,

Ja zum Ausstieg: Auftakt mit Gregor Gysi zum S-21-Volksentscheid

Der große Saal im Gewerkschaftshaus platzte aus allen Nähten. Dutzende weitere Zuhörer verfolgten auf den Rängen gespannt den Abend. Beim Auftakt der LINKEN zur Volksabstimmung über das „Stuttgart 21-Kündigungsgesetz“ herrschte kämpferische Stimmung.

Gregor Gysi erklärte, dass es dieselbe Politik sei, die zur Befriedigung ihrer Profitinteressen Stuttgart 21 durchdrücken wolle und in ganz Europa die Profite der Banken über die Interessen der Mehrheit der Menschen stelle. Deshalb sei die Bewegung gegen Stuttgart 21 – der Aufstand der Schwaben – zum bundesweiten Vorbild auch für den Widerstand gegen andere Großprojekte und die Herrschaft der Finanzmärkte über die Menschen geworden. Gysi warnte davor, den Widerstand nach dem Abschluss des Volksentscheids einzustellen. Der Kampf müsse unter allen Umständen weitergehen, auch wenn das Quorum nicht erfüllt werden sollte. Weitere Veranstaltungen der mit linken Bundestagsabgeordneten fanden bzw. finden statt am 9.11. Karlsruhe, 14.11. Brackenheim, 21.11. Mannheim, 25.11. Freiburg. Ort und Zeit siehe unter www.die-linke-bw.de.

Karin Binder und Sabine Leidig: Rheintalbahn – Anwohnerfreundlicher Güterverkehr!

„Mehr Güterverkehr auf die Schiene bei gleichzeitiger Entlastung der Menschen vor Ort geht nur, wenn die Bahn die Prioritäten verschiebt: weg von der ICE-Schnellstrecke, hin zur Verbesserung im ganzen Netz und zum Schutz der Einwohner vor dem wachsenden Güterbahnlärm“, so Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag anlässlich einer Sitzung des Projektbeirates zur „Neubaustrecke Rheintalbahn“ in Berlin.

Karin Binder, ihre badische Kollegin aus Karlsruhe dazu: „Wir brauchen eine möglichst siedlungsferne neue Güterverkehrsstrasse, wie sie im Konzept Baden 21 von den Bürgerinitiativen gefordert wird. Für eine etwaige Beschleunigung des ICE-Verkehrs ist hingegen entscheidend, dass

dieser sinnvoll in die Umsteigeknoten in Offenburg, Freiburg und Basel eingebunden wird. So könnten ohne immensen Aufwand die tatsächlichen Fahrtzeiten verkürzt werden. Eingesparte Gelder könnten für den überfälligen Ausbau des Nahverkehrsangebots genutzt werden.“

Sabine Leidig: „Unsere schweizerischen Nachbarn verlagern konsequent den grenzüberschreitenden Güterverkehr von der Straße auf die Schiene. Während jedoch das Alpentransit-Gottard-Projekt bald fertiggestellt ist, tut sich auf der deutschen Seite wenig, um eine leistungsfähige Güterschienerasse von Rotterdam bis Genua zu verwirklichen.“

Von der Schweiz können wir außerdem lernen, dass die Fahrgäste besser und schneller vorankommen, wenn gute Anschlussmöglichkeiten im Integrierten Taktfahrplan (ITF) realisiert werden. Das würde zwar Ertüchtigungen einzelner Abschnitte erfordern, aber keine Milliarden teure ICE-Strecke.“

„Da wird offen Freiheitsberaubung angekündigt“

Die Ankündigung des Stuttgarter Polizeisprechers Stefan Keilbach, auf den Cannstatter Wasen Gefängniscontainer für bis zu zweihundert S-21-Gegner einzurichten, sei nicht hinnehmbar. Der Cannstatter Wasen dürfe nicht zum provisorischen Gefängnis umfunktioniert werden und zudem seien friedlich blockierende keine Kriminellen, so Sybille

Stamm, Landessprecherin der LINKEN. Die Landesregierung müsse solchen Plänen Einhalt gebieten.

Polizeiliche Eskalationsankündigung ist kein geeigneter Beitrag im demokratischen Meinungsstreit über die Entscheidung am 27. November.

dapd meldet: Streckung von Nahverkehrsausgaben wegen „Stuttgart 21“

STUTTGART (DAPD-BWB). Das umstrittene Bahnprojekt „Stuttgart 21“ ist einem Bericht zufolge für die Kürzung der Fördermittel für Kommunen mitverantwortlich. Der frühere Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) habe 2003 mit Verweis auf die „unverzügliche Bildung einer Finanzreserve“ eine Anpassung der Zuschüsse aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz von 85 auf 75 Prozent empfohlen, schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 10.11.2011. Dies gehe aus Protokollnotizen der früheren schwarz-gelben Landesregierung hervor. Zudem sei ein Selbstbehalt von 100 000 Euro für kleinere Bauprojekte eingeführt und eine zeitliche Streckung anderer Nahverkehrsvorhaben angeraten worden.

Die alte Landesregierung hatte die Zuschusskürzungen laut der Zeitung stets allein mit der allgemeinen schlechten Haushaltslage begründet und einen Zusammenhang mit dem Bahnprojekt bestritten.



Volksabstimmung S-21: Mitglieder der Kampagnenleitung des landesweiten Bündnisses „Ja-zum-Ausstieg“ beim Vorstellen der Plakate. Von links nach rechts: • Edgar Wunder (LINKE), • Chris Kühn (Grüne), • Brigitte Dahlbender (BUND), • Hannes Rockenbauch (Aktionsbündnis Stuttgart) • Bernhard Löffler (DGB).

Grün-Rot stellt Gemeinschaftsschulen auf das Abstellgleis

„Grün-Rot steigt aus, bevor der Einstieg erfolgt ist“ kommentierte Sybille Stamm, Landessprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg anlässlich der Planung der Landesregierung zur Gemeinschaftsschule.

In einem Jahr soll es 30 Gemeinschaftsschulen in ganz Baden-Württemberg geben. Damit stellt Kultusministerin Warminski-Leitheußer die Gemeinschaftsschulen von Anfang an in die Ecke des Sonderfalls und verlängert damit das Nischendasein der Schulform wie es unter der CDU-Regierung jahrzehntelang Praxis war.

Damit die Gemeinschaftsschule eine echte Chance hat, muss sie flächendeckend als Regelschule eingeführt werden, um insbesondere im ländlichen Raum Schulstandorte mit weiterführendem Abschluss zu erhalten, die ansonsten dem Rückgang der Schülerzahlen zum Opfer fallen würden. Außerdem muss in der gesamten Sekundarstufe II das neunjährige Abitur wieder hergestellt werden, damit der krankmachende Druck auf die Lernenden und Lehrenden genommen wird.



Die Schulpolitik der Landesregierung nimmt keine Form an. Das mehrgliedrige Schulsystem bleibt unangetastet. Die Gemeinschaftsschule wird als Sonderfall nichts anderes als eine Beruhigungsschule für die Wählerinnen und Wähler, denen noch im Wahlkampf eine echte Bildungsreform versprochen wurde. Noch immer plant die neue Regierung die Streichung tausender LehrerInnenstellen als ‚demografische Rendite‘. Sie sollte besser den Schülerrückgang als Qualitätsoffensive nutzen, um Lern- und Lehrbedingungen durch kleinere Klassen und bessere Mittelausstattung zu verbessern.

Die Landesregierung ist ein bildungspolitischer Totalausfall und erfährt zu Recht den Protest der Lehrerwerkschaft GEW. Die Verbesserung der Chancen von Kindern aus benachteiligten Haushalten wird ebenso wenig vollzogen wie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Recht auf Inklusion in den Regelschulbetrieb.

Die Landesregierung ist ein bildungspolitischer Totalausfall und erfährt zu Recht den Protest der Lehrerwerkschaft GEW. Die Verbesserung der Chancen von Kindern aus benachteiligten Haushalten wird ebenso wenig vollzogen wie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Recht auf Inklusion in den Regelschulbetrieb.

Warten auf die Bildungsreform

Wer am Beginn des Schuljahres ins Amtsblatt schaut, wird enttäuscht: Als Neuerung wird die schon von der CDU beschlossene Reform der Lehrerbildung verordnet, künftig getrennt zwischen Grundschule einerseits, Haupt- und Realschule andererseits. Die Schulen in Baden-Württemberg warten also noch immer auf die von der neuen Landesregierung als Tätigkeitsschwerpunkt angekündigte Bildungsreform.

Offenbar waren die Bildungspolitiker der neuen Regierungskoalition aus Grünen und SPD selbst überrascht von ihrem Wahlsieg und verfügten beim Regierungsantritt weder über ein Umsetzungskonzept noch über die notwendige Personalstruktur. Eine kleine Gruppe von Spitzenleuten zog sich über Wochen zur internen Beratung zurück, von neuem Politikstil und der Einbeziehung der Betroffenen kann bisher nicht die Rede sein.

Verunsicherung bei den Hauptschulen

Als „Startschuss für den Bildungsaufbruch“ hat die neue Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer nun die Wahl der weiterführenden Schule durch die Eltern angekündigt; bisher entscheidet eine Prognose der Grundschule auf Grundlage des Notenschnitts von Deutsch und Mathematik, ob das Gymnasium, die Realschule oder „nur“ die Haupt- bzw. Werkrealschule besucht werden darf. Verunsicherung verursacht dieses Vorhaben bei den Hauptschulen, die gerade eine Schließungs- und Zusammenlegungswelle hin zu Werkrealschulen hinter sich haben und nun einen erneuten massiven Schülerrückgang befürchten müssen – mit der Konsequenz weiterer Standortverluste. Umgekehrt drohen die überlaufenden Realschulen und Gymnasien noch mehr an Kapazitätsgrenzen bei Personal und Räumen zu stoßen. Ohne zusätzliche individuelle Förderung und die dafür notwendigen Ressourcen dürfte der Übergang in Gymnasium und Realschule für schwächere Schüler nicht unbedingt zur Erfolgsgeschichte werden: befürchtet wird, dass die Zahl der „Rückschulungen“ steigt und die Hauptschulen noch mehr zum Auffangbecken für diejenigen werden, die es nicht geschafft haben. Klar ist aber: Hauptschule und Werkrealschule sollen nicht „abgeschafft“ werden.

Der neue CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl wirft der Regierung in einem Satz vor, dass sie „einen schulpolitischen Flickenteppich macht und im Land der Einheitsschule den Weg ebnet“ und zeigt damit, dass sich die bisherige Staatspartei mit ihrer Oppositionsrolle noch schwer tut. Bei aller Polemik: die Bildungspolitik der neuen Landesregie-

rung ist durchaus kompatibel mit dem Antrag des CDU-Bundesvorstands für den Parteitag im November, dem sich die Landesunion bei ihrer Fraktionsklausur am Wochenende weitgehend angenähert hat. Strobl zeigte sich einigermassen einverstanden mit dem auf eine Zweigliedrigkeit des Schulwesens setzenden Konzept der früheren Stuttgarter Kultusministerin Schavan: solange weiter ein Hauptschulabschluss vergeben werde, könne das auch unter dem Dach einer „Oberschule“ geschehen.

Die Gemeinden, die ihre weiterführende Schule verlieren könnten, wurden von Staatssekretär Mentrup (SPD) ermutigt, Konzepte für Gemeinschaftsschulen vorzubereiten. Etwa 100 Interessenten haben sich gemeldet, doch befürchtet die GEW angesichts des Zeitdrucks bis zu den Übergangentscheidungen der Eltern am Ende des Schuljahres, dass Hauptschulen nur oberflächlich – wie das bei der Werkrealschule erfolgte – ohne genügende Vorbereitung und Unterstützung zu Gemeinschaftsschulen umlackiert werden.

Reformbremse

Gebremst wird die Reformbereitschaft der Kollegien zudem durch fehlende Informationen schon für die Zukunft der bestehenden Schularten. So wissen die Schülerinnen und Schüler der 9. Hauptschulklassen noch immer nicht, ob dies denn ihr letzte Schuljahr ist (und sie sich schnellstens eine Lehrstelle suchen sollten!) oder, nach der vage angekündigten Einführung eines 10. Schuljahrs für alle, das vorletzte sein wird – genauso wenig wie Klarheit herrscht über die Art und Wertigkeit der Abschlüsse, die dann nach Klasse 9 und 10 erworben werden.

Bis in die Lehrerschaft hinein umstritten ist die avisierte Möglichkeit, parallel zum bleibenden Turbogymnasium G8 auch G9-Züge einzurichten: werden durch G9-Züge Gemeinschaftsschulen untergraben, weil die Schüler dann gleich in G9 gehen? Und wird, wenn es bei G8 bleibt, ein Zweisäulenmodell festgeschrieben, weil Schulen mit unterschiedlichem Zeitrahmen innerhalb der der Sekundarstufe I nicht zusammengebracht werden können?

Kindergartengebühren steigen weiter

Dass die Kindergartengebühren wider alle Wahlkampfversprechen nicht gestrichen werden, wird selbst von den beiden zuständigen Ministerinnen Warminski-Leitheußer und Theresia Bauer (Wissenschaft) kritisiert, da eine kostenlose Bildungskette unten beginnen sollte. Dass nun landauf, landab von den Gemeinden die Kindergartengebühren auch noch erhöht werden, stößt der Basis

vielerorts sauer auf. In Marbach trat sogar der populäre Fraktionssprecher der Grünen Hendrik Lüdke aus der Partei aus mit der Begründung, es ärgere ihn maßlos, dass die Kindergartengebühren



nicht abgeschafft wurden und die Studiengebühren erst von 2012 an gestrichen werden sollen – aber das Gesetz über die Diätenerhöhung habe man schon im Juli verabschiedet. Kritisch gesehen wird auch die bevorzugte Förderung der Privatschulen, die 20% der Schulbauzuschüsse erhalten, obwohl sie nur von 7% der Schülerinnen und Schüler unterrichten.

An den Schulen herrscht im Moment eher verhaltene Skepsis als Aufbruchsstimmung. Und unter den Gruppen mit den größten Reformwartungen entsteht der Eindruck, die Führung im Neuen Schloss sei mehr damit beschäftigt,

die Reformgegner zu beruhigen als die Reformkräfte zu mobilisieren. Schon die Regierung von Stephan Mappus musste schmerzlich erfahren, dass Sparpolitik im Bildungsbereich wenig populär ist. Er versprach bis 2013 die Absenkung des Klassenteilers auf maximal 28. Jamaika im Saarland verspricht den Gemeinschaftsschulen 22 bis 25. Grün-SPD in Baden-Württemberg aber will bei 30 bleiben. Ob so ein Systemwechsel zu individueller Förderung möglich ist, muss sich nun zeigen.

Erhard Korn (Schulleiter, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg Stiftung in Baden-Württemberg)

Polizistenmord von Heilbronn führt zu Neonazi-Bombenbauern aus Jena

Die LINKE-Abgeordnete Martina Renner im Thüringer Landtag forderte am 8. November Aufklärung zu dem neonazistischen Hintergrund der vermutlichen Mörder einer Heilbronner Polizistin.

Nach der Fraktion DIE LINKE vorliegenden Informationen handelt es sich bei den mutmaßlichen Heilbronner Polizistenmördern höchstwahrscheinlich um drei Neonazis, die 1998 untergetaucht waren, nachdem in Jena eine Bombenwerkstatt ausgehoben wurde, so Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende und Innenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Frau Renner erwartet zusammen mit ihren sächsischen Kollegen Informationen darüber, wieso sich die drei kriminellen Neonazis mehrere Jahre lang in Zwickau unbemerkt aufgehalten haben.

Anfang 1998 hatte die Polizei in einer Jenaer Garage vier funktionsfähige Rohrbomben mit erheblicher Sprengkraft gefunden. Seitdem waren zwei Männer und eine Frau aus der Jenaer Neonaziszene auf der Flucht. 2003 wurden die Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Der Fraktionschef der Thüringer LINKEN, Bodo Ramelow, hatte damals schon von einem fatalen Signal gesprochen.

Angesichts der Vorgeschichte der Täter verlangt Frau Renner Informationen darüber, inwieweit die kriminellen Verbindungen zur Neonaziszene im Vogtland und in Jena, insbesondere zu den dortigen Freien-Netz-Strukturen, hatten. Dies auch vor dem Hintergrund, da Rechtsextremismus-Experten davon ausgehen, dass es in den Strukturen des Freien Netzes Bestrebungen gibt, sich Waffen zu besorgen und mit Sprengstoffattentaten für die neofaschistischen Ziele gewaltsam vorzugehen.

„Nazis wollen Wirtschaftskrise mit Rassismus lösen“

Anlässlich der Demonstration am 17. September 2011 in Korb, zu dem das Bündnis „Rems-Murr NAZIFREI“ aufrief, hat Dagmar Uhlig, Sprecherin der Linken in Stuttgart, bei der Auftaktkundgebung eine Rede gehalten. Hier ein Auszug:



Im März dieses Jahres wurde ein junger Leonberger Antifaschist brutal von Neonazis angegriffen. Mit einer Gaspistole wurde ihm aus kürzester Distanz ins Gesicht geschossen. Im April dieses Jahres fand ein fremdenfeindlicher Mordversuch in Winterbach auf drei italienische und sechs türkische Mitbürger statt. Die Opfer wurden mit Streitäxten angegriffen und gejagt. Nach einem Fluchtversuch in eine Gartenhütte wurde diese von den gewalttätigen Nazis in Brand gesteckt. Nur in letzter Sekunde entgingen die Opfer dem Flammentod.

Im Juni stellen sich junge Antifaschisten einem in Stuttgart stattfindenden Kongress der rassistischen Organisation „Pax Europa“ entgegen. Die Polizei reagierte darauf mit brutaler Hand. Wieder einmal zeigte sich, dass rassistische Hetze als „freie Meinungsäußerung“ staatlichen Schutz genießt und demokratischer Widerstand mit Schlagstöcken und Pfefferspray beantwortet wird. – Es ist ein Verbrechen und hat nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun, wenn von menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Hetzern zu Gewalt und Intoleranz aufgestachelt wird. Faschismus ist keine „missliebige Meinung“. Faschismus ist und bleibt ein Verbrechen! Doch Nazi-Parolen sind verführerisch! Gerade bei jungen Menschen bleiben die Botschaften haften, wenn Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste eine ganze Generation prägt. Die Faschisten geben vor, gegen Sozialabbau und Globalisierung zu kämpfen, aber sie wollen die Wirtschaftskrise mit Rassismus lösen.

Das was die kleinen Leute schützt, Tarifverträge und Gewerkschaften, wollen die Nazis, wie damals, durch das Führerprinzip ersetzen. Demokratie bedeutet für sie Schwäche! Und Ihre Solidarität ist eine rassistische. Für Kranke und Behinderte haben Sie das Rezept „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“. Das erste, was die Nazis 1933 taten, war die Zerschlagung der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung. Es ist ein Verbrechen, junge Menschen in die Ideologie der Unmenschlichkeit einzuführen, wie es die Nazis tun. Unsere Botschaft lautet heute wie damals „wehret den Anfängen!“ Ja, wir demonstrieren gegen Nazis, weil sie für all das stehen, was wir ablehnen! Rassismus, Antisemitismus, die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Leugnung des Holocausts. Sie stehen für Hass und Gewalt gegen Andersdenkende, gegen Schwule, Behinderte, Demokratinnen, für alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

Die NPD ist Rückgrat und Hauptader der gewalttätigen Neonazi-Szene. Ein Verbot der NPD würde die Hauptkraft im rechtsextremen Lager von der staatlichen Parteienfinanzierung abschneiden. Und in der Öffentlichkeit würde damit deutlich gemacht: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Doch die Innenminister von Bund und Ländern haben bislang ein verfassungsgemäßes Verbotverfahren unmöglich gemacht!

Kein NPD-Parteitag in Offenburg?

Für parteiorganisatorische bzw. parteiinterne Veranstaltungen steht die Abtsberghalle der Stadt Offenburg nicht zur Verfügung. Dem entsprechend hat das Verwaltungsgericht Freiburg am 2.11. den Eilantrag der NPD abgelehnt, die Stadt Offenburg zu verpflichten, der NPD die Abtsberghalle für die Durchführung ihres Bundesparteitags am 12.11. und 13.11.2011 zur Verfügung zu stellen. Dieser fand stattdessen in Neuruppin (Brandenburg) statt.

Für das „Sozialticket“ braucht es nur den politischen Willen – wirtschaftlich ist es machbar!

Vier Referenten trugen am 14.10. ihre Ansichten zum Sozialticket vor, und viermal wurden interessante Perspektiven eröffnet. Die Rede ist von Hearing zum „Sozialticket“ der Linken im Mannheimer Gemeinderat unter dem Motto: „Bus und Bahn für alle!“

Prof. Grottian stellte die Bewegung für Sozialtickets in den Zusammenhang der gegenwärtigen großen Sozial- und Finanzproteste. „Die Menschen haben noch einen Gerechtigkeitssinn!“ Man müsse nur die Menschen aufrütteln und mobilisieren. In Berlin hatten sie Erfolg: Als der rot-rote Senat (bei der Trümmerbeseitigung des CDU-Bankenskandals) das Sozialticket strich, organisierte Grottian mit einigen weiteren Aktivisten medienwirksames Schwarzfahren: Boulevard- und seriöse Presse griffen das Thema auf, die sozialpolitische Unhaltbarkeit der Sozialticketstreichung wurden deutlich und die Streichung wurde zurückgenommen, denn sie war ungerrecht.

Sabine Neuber, die Vorstandsvorsitzende der Mannheimer AWO, die auch das Mandat der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände hatte, stellte klipp und klar fest: Das Sozialticket muss her. So sieht es auch die Liga. Man müsse sich nur einmal vorstellen, welches Maß an Mobilität gerade auch Menschen in Armut brauchen, dann sei vollkommen klar, wie unmöglich der Zustand ist, sich die teuren ÖPNV-Tickets nicht leisten zu können. Viele helfen sich durch Schwarzfahren, werden erwischt, sammeln Strafbescheide, verschulden sich, kommen am Ende in den Knast. Sabine Neuber weiß das auch aus der Praxis der Schuldnerberatung. 10% der Klienten haben Nahverkehrsschulden. Wer arm ist, muss umso öfter aufs Amt. Auch für die Arbeitssuche gibt's keine Freifahrten. Man muss zum Arzt, Angehörige

besuchen, oft im Zusammenhang mit Pflege, die Kinder begleiten. Viele bekommen für Vollzeitarbeit kaum mehr als Hartz-IVler, sie zahlen den vollen Preis für die Monatskarte, wenn der Arbeitgeber kein Jobticket anbietet. Man will auch mal in den Park, ins Grüne, ins Kino – von der Schönau und der Rhein- naut ein weiterer Weg als vom Oberen Luisenpark! Sozialticket! Die AWO hat laut Sabine Neuber deshalb jüngst mal wieder die Initiative ergriffen und alle Bürgermeister/innen im Einzugsgebiet des VRN angeschrieben, ob sie ein Sozialticket unterstützen würden. Die Umfrage ist noch nicht ausgewertet. Man darf gespannt sein.

Man darf aber nicht zu gespannt sein: **Rüdiger Schmidt**, der Geschäftsführer des verkehrswirtschaftlichen Zweiges des VRN (Unternehmensgesellschaft des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar GmbH) berichtete nämlich in seinem Beitrag, die Bürgermeisterversammlung des kommunalpolitischen Zweiges des VRN (Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar) hätten gerade im Juni 2010 mehrheitlich gegen Sozialtickets gestimmt. Schmidt machte deutlich, dass nicht so sehr die Verkehrsunternehmen das Problem seien, sondern die kommunalen Träger, Besteller und Verlustausgleicher des Nahverkehrs. Bei deren Positionierung spiele immer die Hochrechnung zusätzlicher Verluste durch Sozialticket-Angebote eine zentrale Rolle. Diese Hochrechnungen stammen wiederum aus dem Umfeld des Verkehrsverbundes. Mit Spannung erwarte er jedoch eine Studie, die der Heidelberger Gemeinderat für 30 000 Euro bei einem unabhängigen Gutachter in Auftrag geben wolle. Die Ergebnisse freilich lassen dann noch sicher ein Jahr auf sich warten.

Umso wichtiger sind die Erfahrungen mit der Köln-Card, die **Michael**

Weisenstein als Aufsichtsratsmitglied der Linken in den Kölner Verkehrsbetrieben AG mitteilte: Dort wurde nach langen Auseinandersetzungen das (wie in Mannheim) im Jahr 2000 von der CDU-Mehrheit abgeschaffte Sozialticket 2007 als Monatskarte bzw. Viererblock wieder eingeführt. Die Vermutung war: Wenn Menschen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation den ÖPNV nur sporadisch nutzen können (oder Schwarzfahren riskieren) durch das erheblich preisreduzierte Sozialticket wieder einsteigen können in Busse und Bahnen, dann steigt der Umsatz und nicht das Defizit.

Forum Linke Kommunalpolitik

Am 15. Oktober trafen sich linke KommunalpolitikerInnen aus Baden-Württemberg. Als Gastreferent sprach Jörg Detjen, Stadtrat in Köln, zum dortigen Sozialticketprojekt. In vielen Städten und Kreisen ist das Thema derzeit im Zusammenhang mit dem „Teilhabepaket“ der Bundesregierung aktuell. Das zeigte die Diskussion über verschiedene Ansätze vor Ort. Christoph Ozasek und Wolfgang Hoepfner berichten von ihrem Vorstoß für ein Sozialticket im Regionalparlament Stuttgart.

Nachmittags fand eine Mitgliederversammlung des Forums Linke Kommunalpolitik e.V. statt, die Dagmar Uhlig eröffnete. Thomas Trüper stellte die Ziele und das aktuelle Angebot des Vereins vor. Das Forum plant weitere regionale Veranstaltungen und die Einrichtung einer Website mit thematischen geordneten Angeboten, um den Austausch zwischen den kommunalen Aktivistinnen im Land zu verbessern.

Die Versammlung bedankte sich bei Ulrike Küstler und Uwe Peiker, die bislang den Verein führten und aus dem Vorstand ausscheiden. In den neuen Vorstand des Forums wurden gewählt: Dagmar Uhlig aus Stuttgart (Vorsitzende), Alexander Schlager aus Stuttgart (stellvertretender Vorsitz), Florian Vollert aus Heilbronn (Schatzmeister), Dieter Emig (Karlsruhe), André Hettrich (Stuttgart), Johannes Müllerschön (Heilbronn), Petra Braun-Seitz (Reutlingen), Christoph Ozasek (Stuttgart), Hans Then-Diaz (Ulm), Thomas Trüper (Mannheim), Christoph Ziegler (Freiburg).

<http://www.forum-linke-kommunalpolitik-bw.de/> Bericht: Bernhard Strasdeit



So ist es denn auch laut Weisenstein gekommen: Zehn Millionen Fahrten mehr pro Jahr und vier Millionen Euro mehr Umsatz. Die Verkehrsbetriebe brauchen keinen zusätzlichen Verlustausgleich. Die Köln-Card ist seither ein Erfolgsmodell mit steigender Tendenz.

Für Mannheim ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Das Sozialticket muss wieder auf die politische Tagesordnung

- Der Preis muss sich im Rahmen des ÖPNV-Anteils am Hartz-IV-Grundbetrag halten

- Wenn man den immer mal wieder getätigten Äußerungen von SPD und Grünen Glauben schenken darf, müsste für ein Sozialticket in Mannheim die erforderliche Gemeinderatsmehrheit zustande kommen

Die immer wieder in den Raum gestellten Argumente der Gegenseite müs-

sen offensiv widerlegt werden – das Sozialticket ist kein Subventionsthema

Ohne breite und sichtbare Bewegung für ein Sozialticket wird es nicht gehen

Die Sozialticket-Initiativen im Rhein-Neckar-Dreieck müssen kooperieren, ohne sich voneinander abhängig zu machen – erste Insellösungen wären schon sehr hilfreich

Langer Atem ist notwendig.

Stadtrat Thomas Trüper

LINKE im Regionalparlament Stuttgart fordert Sozialticketkonzept

Zu den derzeitigen Haushaltsberatungen der Regionalversammlung Region Stuttgart stellt die Gruppe der LINKEN unter anderem einen Antrag zur Einführung eines Sozialtickets im Verkehrsverbund, im Folgenden dokumentiert. Weitere Anträge beschäftigen sich mit Stuttgart 21, freier Software und Nachhaltigkeitsrichtlinien.

Die Verwaltung des Verbands Region Stuttgart wird beauftragt, ein Konzept für die Einführung eines „Sozialtickets“ im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zu erarbeiten und dieses so rechtzeitig fertig zu stellen, dass es in die Diskussion über die Festlegung der Fahrpreise 2013 eingebracht werden kann. Dabei sind die Auswirkungen auf den bisherigen VVS-Stammkundenkreis und die Auslastung der Verkehrsträger darzustellen.

Folgende Rahmenbedingungen sind der Konzeption zu Grunde zu legen:

Berechtigtenkreis: Als Berechtigten sind in der Konzeption zu berücksichtigen: Wohngeldempfänger, Leistungsbezieher nach SGB II, SGB XII (einschließlich sog. „Aufstocker“) und dem AsylbLG. Möglichkeiten der Einbeziehung von Schwellenhaushalten sind zu prüfen.

Reichweite des Tickets/Ticketmodell: Es werden keine Begrenzungen in Bezug auf die Tarifzonen oder mögliche Sperrzeiten zu Grunde gelegt.

Höhe des Ticketpreises/Ticketbeitrag: Der Ticketpreis ist auf die anteiligen Kosten für Verkehrsleistungen im Rahmen der Bedarfssätze des Arbeitslosengeldes II zu begrenzen. Der Bezug des Tickets soll mögliche bürokratische Hürden für den Bedarfskreis auf ein Minimum reduzieren. Mögliche Kosten für die Konzeption sowie Chancen durch die Gewinnung zusätzlicher ÖPNV-Nutzer sind durch die Verwaltung darzustellen. Dabei sind die Erfahrungen anderer Länder, Regionen, Großstädte und Kommunen zu berücksichtigen, die bereits vergleichbare Angebote eingeführt haben. Die Kosten für die Konzepterstellung sind durch die Verwaltung zu

bezeichnen und im Haushalt darzustellen.

Begründung:

Teilhabe an der Gesellschaft setzt voraus, dass räumliche Distanzen von jedem Menschen überwunden werden können. Durch die Tarifstruktur und -höhe im VVS ist es für viele Menschen aus finanzieller Sicht nicht möglich, den ÖPNV zu nutzen. Beschränkung auf den Radius der fußläufigen Erreichbarkeit ist die Folge. Dies bedeutet alltäglichen Ausschluss aus dem kulturellen, sozialen und politischen Leben. Dieser Ausschluss wird durch die Ergebnisse der im Auftrag der Region erstellten Mobilitätsstudie untermauert. Die dort extra ausgewertete Gruppe der „Nichterwerbstätigen“ zeigt in ihrem Mobilitätsverhalten markante Unterschiede zu allen anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Bei keiner anderen Gruppe ist der Anteil des ÖPNV derart gering (4,9 %), der Anteil an den „preiswerten“ Fortbewegungsmitteln „zu Fuß“ (37,8 %) und als MIV-Mitfahrer (22,2%) derart groß. Ein Sozialticket ist keine „systemwidrige“ Tarifmaßnahme, da auch

andere Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen (z.B. Studenten) erst in letzter Zeiteingeführt wurden oder aber altersbezogene Ermäßigungen regelmäßig den realen gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst wurden. Auch die aktuell im Verkehrsausschuss geführten Diskussionen über Vergünstigungen im Freizeitverkehr oder aber für gering verdienende bzw. einkommenslose

„Praktikanten“ könnten mit Fug und Recht als „systemwidrig“ bezeichnet werden. Die bestehenden Angebote in einzelnen Kommunen – wie beispielsweise die Bonuscard in Stuttgart müssen nach Auffassung der Linken in einem regionalen Sozialticketgebündelt werden, damit Teilhabe für diejenigen

ermöglicht wird, die bislang keinen Zugang zum Angebot des VVS haben. Wir sind zudem der Auffassung, dass ein Sozialticket die Auslastung der Verkehrsträger verbessern und sich letztendlich der Stammkundenkreis erhöhen würde. Es ist realistisch zu erwarten, dass ein großer Teil dieser Neukunden dem ÖPNV auch dann als Kunden erhalten bleibt, wenn sich ihre Einkommenssituation deutlich verbessert.



Kornwestheim: LINKE fordert Sozialpass

Stadtrat Friedhelm Hoffmann beantragte im Gemeinderat Kornwestheim, den bisherigen Familienpass durch einen Sozialpass (Kornwestheim-Card, KornCard, Kornkarte) zu ersetzen und mit einem größeren Angebot für einen erweiterten Personenkreis auszustatten.

Die Kornwestheim-Card soll zukünftig gelten für Menschen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Leistungen nach dem Wohngeldgesetz, Hilfe zum Lebensunterhalt oder zur Pflege haben. Außerdem sollen wie bisher Familien und Alleinstehende mit Kindern bis zu 18 Jahren davon profitieren, was weiterhin an bestimmte Einkommens-

grenzen gebunden ist. Als Neuerung wird die Staffelung nicht mehr beim 6. Familienmitglied enden. Ab dem 7. Familienmitglied wird jedes weitere Kind mit einer Ausweitung der Einkommensgrenze um 400 €unterstützt.

Hoffmann begründete den Antrag damit, dass nicht nur Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern, sondern auch immer mehr Erwerbstätige und Jugendliche, Aufstockerinnen, Rentnerinnen und Rentner, ALG II (Hartz IV)- und Wohngeldempfänger eine öffentliche Unterstützung brauchen, um am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.

Tübingen: Schlechtere Bonuscard

Angela Hauser, Kreisrätin der Tübinger Linken, in der „Kreisecke“ des „Schwäbischen Tagblatt“ vom 8.11.2011



Als arm gilt, wer weniger als 940 Euro monatlich zur Verfügung hat. Am Samstag ging durch alle Medien: Steuereinnahmen sprudeln und das in Milliardenhöhe. Gleichzeitig gibt es in Tübingen keine städtische Bonuskarte für Leute mit niedrigem Einkommen mehr, dafür aber jetzt eine Kreis-Bonuskarte. Die Stadtverwaltung Tübingen spart dadurch jährlich 143 000 Euro und kürzt trotzdem bei sozialen Vereinen die Zuschüsse. Für die alte und die neue Bonuskarte gelten unterschiedliche Einkommensgrenzen. Die neuen Obergrenzen der Kreisbonuscard orientieren sich am Wohngeld. Diese liegen bis zu 23 Prozent unter den Grenzen der „alten“ städtischen Bonuskarte. Das ist eine soziale Verschlechterung. So wird das Teilhabepaket des Bundes mit seinen bescheidenen Verbesserungen in Tübingen ins Gegenteil verkehrt.

Zum Beispiel liegt die Einkommensgrenze für die Berechtigung für die Kreisbonuscard für einen Dreipersonenhaushalt jetzt bei 1450 Euro. Bislang durfte man 300 Euro mehr Einkommen haben. Viele Familien oder Alleinerziehende mit Kindern fallen so aus dem

Anspruch für die Bonuscard raus. Die Linke setzt sich im Kreis und in der Stadt dafür ein, dass die alten besseren Einkommensgrenzen der Tübinger Bonuscard weiter gelten. Landkreis und Stadt müssen eine Lösung suchen, die Freiwilligkeitsleistung zu erhalten.

Wir Linke wollen weiter, dass der Elternbeitrag für die Schülerfahrkarten im Landkreis nicht jährlich erhöht, sondern endlich gesenkt wird. Azubis werden doppelt abgezockt: Wer aufs Auto angewiesen ist, zahlt die neuen Parkgebühren. Ginge es nach den Grünen, wären sie noch höher gesetzt worden.

In den Haushaltsberatungen des Kreises werden wir uns dafür einsetzen, dass die höheren Steuereinnahmen dort ankommen, wo sie hingehören: bei der Bildung, bei sozialen Leistungen und bei den Beschäftigten. Deshalb unterstützen wir die von Landrat Walter geforderte Abschaffung der viermonatigen Wiederbesetzungssperre und die Schaffung von 12,5 neuen Stellen im Landratsamt.

Noch ein Wort zu Stuttgart 21. Die große Mehrheit der Linken und ihrer Mandatsträger sagt ein klares Ja zum Ausstieg aus Stuttgart 21. Wir brauchen das Geld für den Ausbau der Bahn in der Fläche und für einen besseren Nahverkehr. Über fünf Milliarden Euro würde dieses Projekt verschlingen, aber für die Krankenversorgung, für Sozialverbände, für Kultur, für sozial Schwache ist kein Geld da. Das kann nicht sein!

Freiburg: Interfraktioneller Antrag fordert neue Wohnungspolitik

Eine ungewöhnliche Initiative des Freiburger Gemeinderats fordert von der Freiburger Stadtverwaltung ein Handlungsprogramm, für eine neue Wohnungspolitik. In einem gemeinsamen Antrag fast aller Gemeinderatsfraktionen (Grüne, CDU, FDP, Freie Wähler, SPD und der Unabhängigen Listen, nur die Grünen-Abspaltung GAF ist nicht dabei), wird gefordert: „für mehr Wohnungsbau für alle Menschen in Freiburg, für sozial gemischte Stadtteile in Freiburg“.

In einer Situationsbeschreibung wird festgestellt: „Die massive Umwandlung von preiswerten Wohnungen in Komfort- und Eigentumswohnungen in ganzen Quartieren ... führt zur Verdrängung finanzschwacher Haushalte. Um negativen Entmischungssituationen entgegen zu wirken, ist eine langfristige stadtteilbezogene Steuerung erforderlich... Um den Bau neuer Wohnungen zu forcieren, bedarf es eines kommunalen Handlungsprogrammes. Ein ausreichendes Wohnungsangebot in Freiburg ist zudem erforderlich, um den weiteren Anstieg der

Mieten zu bremsen.“ Die zunehmende Protestbewegung gegen Entscheidungen der Politik trägt Früchte. „Neue Modelle der Bürgerbeteiligung“ werden für die Ausarbeitung des wohnungspolitischen Programms gefordert.

In dem Antrag wird die Verwaltung u.a. aufgefordert eine Bestandsanalyse des Freiburger Wohnungsmarktes bis 2020 zu erarbeiten, einen Bericht über mögliche Bebauungsflächen zu erstellen und Vorschläge zu unterbreiten, wie in den neu entstandenen Wohnungen die Mieten gering zu halten sind. Im Frühjahr 2012 soll in einer Gemeinderatsklausur über die dann vorliegende Drucksache der Verwaltung beraten werden. Darauf soll ein Grundsatzbeschluss erfolgen, ehe es dann an die Umsetzungen gehen. Da es in Freiburg einige kritische wohnungspolitische Initiativen gibt (z.B. das Bündnis „Recht auf Stadt“) wird es in den nächsten Monaten sicherlich eine spannende Diskussion in der Stadt geben, die sich nicht nur auf die Zimmer des Gemeinderats beschränkt.

Karlsruhe: Sozialticket für Bus und Bahn auch für Einzelfahrten

Nach Auffassung der LINKEN im Karlsruher Gemeinderat ist das Karlsruher Sozialticket für Bus und Bahn eine gute Einrichtung, sollte aber verbessert werden. Die Stadträtin Sabine Zürn und Stadtrat Niko Fostropoulos stellten eine Anfrage an die Stadtverwaltung, ob das Sozialticket im Nahverkehr neben einer verbilligten Monatskarte auch in Form von günstigeren Einzelfahrscheinen angeboten werden könne. Den LINKEN ist dabei wichtig, dass alle Anspruchsberechtigten auf das Sozialticket dieses auch nutzen können – gemäß ihrem Bedarf am ÖPNV.

Frauenhaus im Kreis Böblingen geschlossen – ein untragbarer Zustand!

Im März dieses Jahres kündigte der Trägerverein des Frauenhauses an, dass auf Grund der unsicheren finanziellen Situation des Trägervereins „Frauen helfen Frauen“ das Frauenhaus geschlossen werden muss. Im Frauenhaus finden Kinder und Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, akut Hilfe und Unterschlupf. Das kann oft lebensrettend sein.



Der Böblinger Kreisvorsitzende der Linken, Richard Pitterle, ist Sindelfinger Stadtrat und Bundestagsabgeordneter

Geschichte der Schließung

Nun hat sich die Rechtslage geändert: Mit dem sogenannten „Platzverweis“ können prügeln Väter und Männer gezwungen werden, den Kontakt zur Familie zu meiden, womit die Sicherheit gewährleistet wird. Dies nutzt manchmal – aber eben nicht immer: Das Frauenhaus ist unverzichtbar. Die finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser wurde aber der neuen Rechtslage nicht angepasst, so dass hier – zumindest im Kreis Böblingen – sich für das Frauenhaus ein untragbarer Zustand ergab. Der Trägerverein befürchtete finanzielle Engpässe, die auch andere Projekte des Vereins in Gefahr bringen könnten, zum Beispiel ein Projekt zur Gewaltprävention im häuslichen Bereich.

So kam es im Mai zu einem sogenannten runden Tisch. Hier sprachen sich alle Beteiligten für die Fortführung des Frauenhauses aus. Auch das Sozialdezernat des Landratsamtes, vor allem

aber die Polizei. Wir dachten: Es wurde ein Weg fürs Frauenhaus gefunden.

Ende August jedoch kündigte der Verein „Frauen helfen Frauen“ die endgültige Schließung des Sindelfinger Frauenhauses für Ende September an, was dann leider auch so kam. Nun mussten wir aktiv werden:

Beharrlichkeit lohnt sich

Es bestand die Gefahr, dass die politisch Verantwortlichen sich mit diesem Zustand abfinden würden. Es ist uns aber gelungen, über andauernde Öffentlichkeitsarbeit mit Pressemitteilungen und organisierten Leserbriefen das Thema in der Diskussion zu halten. Es hat sich ausgezahlt, dass die Linke wenigstens einen Kreisrat hat, Dr. Borkowski, der gegenüber dem Kreistag entsprechende

Anträge formulieren konnte. Wir forderten zunächst, dass der Landkreis das Frauenhaus provisorisch für ein Jahr in Eigenregie betreiben sollte. Nun wurde immerhin bei den Etatberatungen zunächst das Budget wieder eingestellt, was wir als Erfolg werten. Ferner stehen nun der Landkreis und auch der Verein unter dem Druck, möglichst schnell ein neues Konzept vorzulegen. Wir sind zuversichtlich, dass wir im Kreis Böblingen bald wieder ein Frauenhaus haben.

Eine Bemerkung am Rande: Ich hatte in dieser Sache die Frau Alice Schwarzer um Hilfe gebeten. Sie sagte weder, sie habe keine Lust, noch sagte sie, sie habe keine Zeit, etwas für die Opfer häuslicher Gewalt im Kreis Böblingen zu machen: Sie sagte einfach gar nichts.

Richard Pitterle

Die Linke.SDS übergibt Gutscheine für zwei Wochen Jugendherberge an Studentenwerk

Am 4. November hat die Hochschulgruppe Die Linke.SDS dem Studentenwerk Mannheim einen Gutschein für zwei Wochen Jugendherberge überreicht. Die Übergabe des Gutscheins stellte den Höhepunkt einer fünftägigen Aktionswoche für mehr studentischen Wohnraum dar. Hintergrund der Protestaktion war die mangelnde Bereitschaft des Studentenwerks in Mannheim ausreichende Wohnheimplätze für Studierende zur Verfügung zu stellen, so die Hochschulgruppe. Empfangen wurden die linken Studierenden von Studentenwerk-Leiter Jens Schröder und Pressesprecher Peer

dass mehr als 500 neue Wohnheimplätze ohnehin nicht angedacht seien. Auf den Einwand, dass man versuchen sollte, den Bedarf an Wohnheimplätzen möglichst zu 100% zu decken – in Mannheim wären hierfür rund 5 000 neue Wohnheimplätze erforderlich –, wurde mit der Angst vor Leerständen argumentiert.

Nachdem zumindest das Argument, die US-Liegenschaften seien zu weit entfernt, entkräftet werden konnte, wurden zu hohen Sanierungskosten als Ausschlussgrund genannt. Auch die Erfahrungen vom Studentenwerk Heidelberg, wonach die Sanierungskosten deutlich

geringer waren als vom dortigen Studentenwerk vermutet, konnten das Studentenwerk Mannheim nicht umstimmen. Letztendlich wurde als weiteres Totschlagargument aufgeführt, dass sich die Studierenden laut der



Nußhart. Das Studentenwerk Mannheim stellte hierbei klar, dass man neue Wohnheime nicht in den Stadtteilen, sondern ausschließlich in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt haben möchte. Auf die Kritik, dass man mit dieser Lösung beim Ausbau von Wohnheimplätzen den dreistelligen Bereich kaum überschreiten werde, antwortete das Studentenwerk,

Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks mehr Wohnraum pro Person wünschen – dass auf dem freien Wohnungsmarkt Wohngemeinschaften von zwei bis drei Personen keine Seltenheit sind und jedes Jahr erneut Studierende in der Jugendherberge unterkommen müssen, fand seitens der Studentenwerk-Funktionäre kaum Beachtung.

Linksjugend „überfällt“ Heidelberger Schule – Protest gegen Kooperation mit Bundeswehr

Nicht schlecht staunten die Schülerinnen und Schüler des Bunsengymnasiums, als am vergangenen Donnerstag, den 10. November, ein knappes Dutzend Mitglieder der Linksjugend in Tarnkleidung den Schulhof stürmten und vor den Augen der verdutzten Jugendlichen einen Aktivisten öffentlich „hinrichteten“. Allerdings handelte es sich bei den Gewehren nur um Plastikspielzeug und statt Blut floss Tomatensaft.

Der Hintergrund: Mit ihrer Aktion vor dem Heidelberger Gymnasium protestierte die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE gegen eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr. Dieses legt fest, dass Jungoffiziere in Schulen, Hochschulen und Universitäten über die Tätigkeit bei der Bundeswehr informieren und somit neue Rekrutinnen und Rekruten anwerben dürfen.



Für die jungen Linken ist dieses Abkommen nicht akzeptabel: „Das einseitige Informieren über die Bundeswehr stellt eine Militarisierung unserer Bildungseinrichtungen dar, die eindeutig das Neutralitätsgebot der baden-württembergischen Schulen verletzt“, so Sahra Mirow von dem linken Jugendverband. Ähnlich sieht dies Klaus Pfisterer, Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft in Baden-Württemberg und von Beruf Lehrer. Seiner Beobachtung nach sei im Zuge der Kooperationsvereinbarung eine „schleichende Militarisierung der Gesellschaft auszumachen“. Auch DIE LINKE in Heidelberg unterstützt die Aktion ihres Jugendverbandes: Laut Artikel 12 der Landesverfassung seien die Schülerinnen und Schüler Baden-Württembergs zu „Friedensliebe“ zu erziehen. „Dieses Gebot ist unvereinbar mit der Präsenz von Soldatinnen und Soldaten an den Schulen“, so Sprecher Christoph Rehm.

Die Schülerinnen und Schüler des Bunsengymnasiums freuten sich ihrerseits über die gelungene Abwechslung im Pausenhof. Den Auftritt der Linksjugend bedachten sie mit Applaus und Zurufen.

DIE LINKE Heilbronn auf einer Zeitreise in die Vergangenheit

Der Stadtverband Heilbronn der Partei DIE LINKE hatte am 25. September zu einem Besuch der KZ-Gedenkstätte in Neckarelz eingeladen.

Von März 1944 bis April 1945 waren im KZ-Neckarelz und seinen Unterkommandos etwa 5000 Häftlinge eingesperrt. Sie mußten die Gipsstollen auf der anderen Neckarseite (bei Obrigheim) für die Rüstungsproduktion der Daimler Benz AG (Werk Berlin-Genshagen) ausbauen. Dorthin sollte ein großer Teil der Flumotorenherstellung für Messerschmidt-Jagdflugzeuge sowie Heinkel- und Dornierbomber verlagert werden. Dafür wurde die Tarnbezeichnung „Goldfisch“ eingeführt. Etwa 800 Häftlinge waren damals im Schulgebäude der Grundschule in Neckarelz, Mosbacherstraße, untergebracht.



Den roten Winkel auf der Brust der Häftlingskleidung mussten die politischen Häftlinge tragen

Seit 2010 baut der Gedenkstättenverein dort, auf den Grundmauern der abgerissenen Comenius-Förderschule, ein neues Museum. Größtes Einzelobjekt ist eine original erhaltene „Revierbaracke“ (Krankenbaracke) des ehemaligen KZ-Neckarelz. Daneben sind in einem geschlossenen Raum verschiebbare Holzfiguren aufgestellt. Sie symbolisieren Häftlinge, Kapos und Bewacher, welche mit Namen und Daten versehen sind. In der Ausstellung „Goldfisch“ lagern Eisenwerkzeuge, eine Lore und ein Flugzeugmotor. Sie sollen die Häftlingsarbeit anschaulicher machen. Im Untergeschoss des Museums befinden sich mehrere Holztafeln, teilweise mit Fotos und Lebensbeschreibungen von Tätern (Lagerkommandanten, Wachpersonal) und Opfern. Eine weitere Besonderheit ist der Pädagogikraum. In ihm können Schulklassen, Jugendgruppen und Heimatkundler Projektarbeiten machen. Der Raum steht aber auch Vereinen und Verbänden der Stadt Mosbach zur Ver-

fügung. Das ganze Museum ist eine öffentliche Gedenkstätte und ein wichtiger Teil der Heimatgeschichte der Region Neckar-Odenwald.

Unter den Teilnehmern des Ausfluges befand sich auch der Sohn eines ehemaligen KZ-Häftlings. Er war sehr erstaunt als ihm Arno Huth, im Auftrag des Gedenkstättenvereins, eine Studienarbeit mit dem Interview seines Vaters überreichte. Anschließend besuchte die Gruppe den „Goldfischlehrpfad“ (bei Obrigheim). An Hand von 12 Stationen mit Schaukästen konnten sich die Teilnehmer ein Bild von der Umgebung der „unterirdischen Fabrik im Berg“ machen. Etwa 5500 Menschen (Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und Zivilarbeiter) arbeiteten damals Untertage. Das Stollennetz der Portland-Zementwerke erstreckt sich noch heute auf ca. 50 000 Quadratmeter. Die Stollen können zwar nicht besucht werden, weil dort weiterhin Gips abgebaut wird, aber die ehemaligen Außenanlagen (Transportwege, Bunker, Eisenbahntrasse) sind teilweise noch sichtbar. Besonders der Eingang zum Stollennetz der kleineren Gipsgrube „Ernst“ im Luttenbachtal be-

eindruckte die Gruppe. Aufgrund der regen Nachfrage will der Stadtverband die Gedenkstätte nächstes Jahr noch einmal besuchen. Dann wird auch das Museum vollständig eingerichtet sein.

Linke Liste Konstanz fordert Gedenktafel auf der Insel Mainau

Im Mai 1945 richtete die französische Militärregierung auf der Insel Mainau ein Reservelazarett für überlebende Franzosen aus dem KZ Dachau ein. Mehrere tausend KZ-Opfer wurden so auf der Insel versorgt. Mindestens 33 ehemalige KZ-Häftlinge starben auf der Insel, sie konnten nicht mehr gerettet werden. Sie wurden am Südostufer der Insel bestattet. Aber Graf Lennart Bernadotte sorgte 1946 dafür, dass die Toten exhumiert und auf den Konstanzer Hauptfriedhof umgebettet wurden. Ihm war offensichtlich daran gelegen, NS-Spuren auf seiner Insel zu entsorgen. Zwei Jahre später überführte man die sterblichen Überreste endgültig nach Frankreich. Der Konstanzer Historiker Arnulf Moser hat in seinem Buch „Die andere Mainau 1945“ die Vorgänge ausführlich beschrieben.



Ravensburg: Flashmob vor der Deutschen Bank

Eine gute Sache, als sich ca. 80 engagierte Menschen aus Ravensburg und Umgebung mit Trillerpfeifen, Plakaten und Sandwich-Schildern am 15. Oktober, dem bundesweiten Aktionstag gegen die Bankenmacht, vor der Deutschen Bank Luft machten. Unter dem Begriff „Mehr Demokratie-jetzt!“ lag der Protest gegen die Rettungsschirme für die Banken. Banken müssen kontrollierbar werden, den Zockern muss das Handwerk gelegt werden. Millionenfach wird in Deutschland das Gehalt, die Rente oder der „Spargroschen“ bei den Banken hinterlegt, in dem guten Glauben, die werden es schon recht machen. Aber in Wirklichkeit wird unser Vertrauen missbraucht. Dagegen müssen wir uns wehren! Wir verlangen öffentliche Kontrolle, was mit unserem Geld passiert, um so gegen Spekulationen, Leerkäufe und die ganzen Schweinereien an der Börse Einhalt gebieten zu können. „Schluss damit -uns reicht es!“ und wir als LINKE machen weiter in der Bewegung 99% Occupy! (aus „Klar.Oberschwaben“, Zeitung der LINKEN Ravensburg)

Nun, rund 65 Jahre später, ist es endlich an der Zeit, der KZ-Opfer würdig zu gedenken. Die Linke Liste Konstanz fordert die Familie Bernadotte auf, an die Geschehnisse auf ihrer Insel zu erinnern. Ein kleiner Hinweis auf der Webseite zu den damaligen Geschehnissen ist unserer Meinung nach keineswegs ausreichend. Wir halten es für dringend geboten, mit einer Gedenktafel an Ort und Stelle darauf hinzuweisen, was hier im Frühjahr 1945 geschehen ist. Auch die jüngere Generation auf der Insel Mainau hat die Verpflichtung, sich ihrer Geschichte zu stellen und verantwortlich mit ihr umzugehen. Sie sollte sich ein Beispiel nehmen an der Stadt Konstanz, die konsequent und in vielfältiger Form an die NS-Zeit und ihre Opfer erinnert. *Holger Reile, Linke Liste Konstanz, Freitag, 14. Oktober 2011*



Emmendingen: Gemeinsam gegen Neonazis

(25. Oktober 2011) Zur Kundgebung „EM Nazifrei“ erklärt Alexander Kauz (Mitglied im Kreisvorstand): Zusammenfassend lässt sich der vergangene Samstag in Emmendingen als erfolgreich bewerten. Die Faschisten blieben aufgrund des auch von der LINKEN begrüßten Verbotes der Stadt Emmendingen und der zu erwartenden Gegenwehr durch das Bündnis „Emmendingen Nazifrei“ fern.

Beinahe 60 Organisationen und die teilnehmenden BürgerInnen haben mit 500 Teilnehmern auf dem Emmendinger Marktplatz ein eindrückliches Zeichen für eine offene und tolerante Stadt gezeigt. Ausgrenzung und Rassismus haben in Emmendingen keinen Platz.

Die aktive Teilnahme unserer Partei an diesem Bündnis war von der ersten Stunde an nicht nur eine historische Pflicht in Erinnerung an die am 22. Oktober 1940 deportierten jüdischen Mitbürger Emmendingens und der im Faschismus verfolgten Gewerkschafter und Antifaschisten, sondern auch die Erfahrung für jene politischen Kräfte, welche bei Nennung unseres Namens zucken. Es konnte deutlich gemacht werden: „Auf DIE LINKE ist im Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit immer Verlass!“

Wermutstropfen am vergangenen Samstag war das für junge Antifaschisten ausgesprochene Platzverbot. Aus

Sicht der LINKEN ist nicht hinnehmbar, dass junge engagierte Menschen von der Polizei präventiv davon ausgeschlossen werden, sich an der Kundgebung des Bündnisses zu beteiligen.

DIE LINKE wird im Bündnis dafür eintreten, dass die Kundgebung nicht das Ende der gemeinsamen Aktivitäten gegen „Rechts“ sein darf. Sinnvoll ist eine weiterführende inhaltliche Bearbeitung von Antisemitismus und Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft.

Ellwangen: Ja zum Ausstieg aus dem Bundeswehrstandort

Entschließung des Kreisverbandes Ostalb und des Ortsverbands Ellwangen

Der Vorschlag der Ellwanger Linken vom Sommer dieses Jahres, mit der Bürgerschaft über eine zivile Nutzung der Reinhardt-Kaserne zu diskutieren, wurde von der Verwaltung und dem Gemeinderat leider nicht aufgegriffen. Nun steht es fest: die Treueschwüre zur Garnison und die Tabuisierung allein schon des Nachdenkens über alternative Konzepte haben der Stadt Ellwangen nichts genützt. Sowenig wie das jetzt von vielen geäußerte Bedauern den Betroffenen der Standortschließung weiterhilft. Die zur Existenzsicherung der Beschäftigten notwendigen sozialen und beruflichen Maßnahmen müssen schon der verantwortliche Arbeitgeber Bundeswehr und die für die Entscheidung verantwortlichen Politiker besorgen.

Für die Stadt Ellwangen ist eine Situation entstanden, die wir nicht als Unglück empfinden müssen, sondern als große Herausforderung und Chance für die Stadtentwicklung. Als Linke sind wir zuversichtlich und glauben, die Menschen in unserer Stadt und ihrer Umgebung haben das Zeug, ihre Zukunft in unserer Kommune gemeinsam mit dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung in einer für alle gedeihlichen Weise zu gestalten. Auch wenn die Umstände schwierig erscheinen mögen,

bestehen dafür doch eine Reihe von Möglichkeiten:

1. Allen Bürgerinnen und Bürgern müssen von Anfang an offene Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt werden, in Form von Bürgerversammlungen und -konferenzen, in denen Vorschläge gemacht und Ideen bis zur Entscheidungsreife entwickelt werden können. Dazu gehört die Einbeziehung von Gewerbetreibenden und Gewerkschaften, ebenso von Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen in den Diskussionsprozess.

2. Der Bund steht in der Verantwortung für die Finanzierung der aus der Standortschließung resultierenden Ausgleichskosten. Er muss genug Geldmittel für erforderliche Infrastruktur-, Anpassungs- und Umwandlungsmaßnahmen zur Verfügung stellen.

3. Gleiches gilt für das Land in seiner Rolle als Steuereinnahmer und Zuweisungsinstantz. Mit dem Ausstieg aus dem Milliardengrab „Stuttgart 21“ würden sich genug Spielräume zur Förderung wirtschaftlicher und kultureller Projekte auf dem Areal der Garnison über mehrere Jahre ergeben.

4. Der Landkreis ist nicht weniger gefordert als die unmittelbar betroffene Stadt Ellwangen. Beide Körperschaften verfügen im Rahmen ihrer Haushalts- bzw. Gebührenhoheit über Instrumente zur Bildung von Finanzmitteln zur Erbringung besonderer Anstrengungen.

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung Ellwangers müssen überprüfen, ob eine millionenschwere Marktplatzumgestaltung mit Servicegebäude angesichts der jetzt entstandenen außergewöhnlichen Situation zu verantworten ist. Mit diesem Geld können wichtigere Ausgaben für die Bewältigung der Probleme aus der Standortschließung besser finanziert werden.

5. Und: In einer schwierigen Situation können die wohlhabenden Ellwanger Bürgerinnen und Bürger beweisen, wie viel ihnen eine gute Zukunft unseres Gemeinwesens wert ist. Es ist ihnen gewiss möglich, mit finanziellen Zuwendungen oder Einlagen in einen noch zu gründenden kommunalen Zukunftsfonds Kapital für eine große Aufgabe bereit zu stellen.



Blick auf die Reinhardt-Kaserne in Ellwangen (Jagst)

Mitglieder halten – Mitglieder werben

Die Zahl unserer Mitglieder in Baden-Württemberg stagniert. Deshalb hat sich auf der letzten Landesvorstandssitzung eine Arbeitsgruppe zum Thema Mitglieder halten, aktivieren und werben gebildet. Sybille Stamm, Sabine-Rösch Dammenmiller, Christoph Cornides und Utz Mörbe arbeiten für den Landesvorstand mit.

Konsequenz der ersten Sitzung ist es, nach außen und nach innen tätig zu werden. Oft fehlt es an ansprechenden Strukturen, in denen die neuen Mitglieder Angebote zur Diskussion und Gestaltung erfahren.

Mit der Arbeit nach innen hat sich der Kreisverband Stuttgart ausführlicher beschäftigt und entlang den Ideen Antonio Gramscis ein Konzept erarbeitet.

Der Kreisvorstand will unterstützen, dass sich den Mitgliedern neue Möglichkeiten zur Mitarbeit und emanzipatorischen Entwicklung erschließen. Dazu werden möglichst niederschwellige AGs zu verschiedenen Themen angestoßen. Ziel ist es, die Diskussion in kleinen

Gruppen zu fördern. Hier soll es indirekt auch zur Schulung ohne Frontalunterricht kommen. In der Diskussion erarbeiten sich die Teilnehmer selbst die Ergebnisse. Geeignet, um eine Diskussion in Gang zu bringen, sind zum Beispiel Dokumentarfilme, kurze Texte, Referate und auch Spielfilme. In der Diskussion können dann Punkte und Akzente gesetzt werden. Folgende AGEN haben sich bisher gegründet: Kultur, kommunale Politik, internationale Politik, Programmatik und S21/K21. Die Bildung neuer Arbeitsgruppen wird gefördert. Ein kreatives Begleiten ist wichtig.

Ein weiterer Baustein sind Neumitgliedertreffen, jeweils eine Stunde vor den Mitgliederversammlungen am selben Ort, um den neuen Mitgliedern einen Überblick über die örtlichen Strukturen zu vermitteln, damit sie sofort sehen, wo sie sich einbringen, diskutieren und handeln können. Wichtig ist der erste persönliche Kontakt: im Ideal positiv, freundlich und ohne unterschwellige Zwänge.

Die Arbeitsgruppe des Landesverbands hält dieses Konzept für einen guten Ansatz, um die Strukturen für Mitglieder zu stärken. Es ist offensichtlich, dass nicht jeder Kreisverband in der Lage ist, so vielfältige Aktivität anzubieten. Das Mindeste für den Anfang sind daher regelmäßige Kreisvorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und Stammtische. Aus den Stammtischen lassen sich Arbeitsgruppen entwickeln und sie sorgen für soziale Anbindung. In Stuttgart haben sich Stammtische nicht bewährt, was wahrscheinlich daran liegt, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dort prekär beschäftigt ist und/oder auf Sozialleistungen angewiesen ist und sich somit den Besuch einer Gaststätte nicht leisten kann.

Als erste Maßnahme hat die Arbeitsgruppe begonnen, eine Mitgliederwerbekampagne im Landesverband vorzubereiten und anzustoßen.

André Hettrich (Kreisvorstand Stuttgart, Mitarbeiter im Landesbüro)

Wie kommt man an die Publikationen der Bundestagsfraktion?

Die Publikationen der Bundestagsfraktion sind kostenfrei. Sie können jetzt über ein neues Versandportal bestellt werden. Damit wird die Zusammenarbeit bei der Verbreitung der Druckpublikationen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag erleichtert. Viele Anregungen aus dem Bereich der regelmäßigen Nutzer/innen des bisherigen Versandportals wurden aufgegriffen. Die wesentlichen Neuerungen sind

- ★ Die persönlichen und die Daten der Gliederungen werden einmalig und nicht bei jedem Bestellvorgang eingegeben.
- ★ Man kann auf der Versandportalseite jederzeit einsehen, welche Bestellungen noch nicht ausgeliefert sind.
- ★ Bestellungen werden Gliederungen zugeordnet. D.h. wenn im Büro mehrere Personen bestellen, werden Bestellungen aller dieser Personen für diese Gliederung angezeigt, so dass häufig vorkommende Doppelbestellung vermieden werden können.
- ★ Arbeiten mit einem „Warenkorb“ wie in Online-Shops üblich.

Die Internetadresse ist: <http://versand.linksfraktion.net>

Man muss sich anmelden und hat dann normalerweise binnen 48 Stunden einen Zugang.

Wenn man mal was „auf die Schnelle“ braucht, kann man sich auch an die Wahlkreis- bzw. Regional-Büros der Bundestagsabgeordneten wenden. Die haben in der Regel die aktuellen Sachen vorrätig. Und das da sind – beispielhaft – die aktuellen Angebote:

- Thema Afghanistankrieg: Eine Broschüre „10 Jahre Afghanistankrieg“, sowie die Folder „Deutsche Polizei in Afghanistan“ und „Truppenabzug aus Afghanistan“.
- Thema Eurokrise: Hierzu gibt es einen aktuellen Folder.
- Thema Gesundheitssystem: Die beiden Folder „Gesundheitsreform“ und „BürgerInnenversicherung“.
- Thema Bundeswehr: Eine Broschüre „Bundeswehr an Schulen“.

Aber natürlich gibt es auch zu sehr vielen anderen Themen Materialien: Von Ausbildungsplätze über Hartz IV, Rente mit 67, Kommunalfinzenzen oder Pflegeversicherung bis zur Finanztransaktionssteuer.

Ganz wichtig: Hier kann man auch die Fraktions-Massenzeitung „klar“ oder die Illustrierte „Clara“ bestellen. Übrigens: Die Illustrierte „Clara“ kann man auch abonnieren: **unter <https://www.linksfraktion.de/bestellen/>**

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
 Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de
 Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
 Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de
 Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.schoenig@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail:info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: allpro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de oder über Regionalbüro Freiburg

Esslingen

Bernd Heinrich Freer, 72622 Nürtingen, Tel.: 07022/67739, Mail: heinrichfr@gmail.com, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@ig-metall.de • Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-ho-me.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graeser@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renae.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim,

Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel.: 0621-1227218 (mit AB)
 • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de • Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Reinhard Gumz, 88353 Kißlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linksparitei-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu, Net: http://dielinke-remsmurr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 01520-7087995, eMail: info@die-linke-zollernalb.de

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Europa

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, eMail: mail@stefandreher.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, eMail: volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Antje Claaßen, antje.claassen@die-linke-zollernalb.de. Telefon 07477-256564. Gott-hilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gottthilf.lorch@amici-tue.de

AG Ökologische Plattform

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@online.de

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de • Stuttgart: KrauseHans@gmx.de

Linksjugend [solid]

Linksjugend [solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Ronald Borkowski, bck.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz**, Michael Krause, michaelk79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog,

fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ostalb**, Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Reims-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb**, Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, dielinke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

■ Termine der Bundestagsfraktion zum Volksentscheid S 21

In Stuttgart, Karlsruhe, Brackenheim und Friedrichshafen veranstaltete die Landesgruppe Baden-Württemberg der linken Bundestagsfraktion bereits Informationsabende zu Stuttgart 21. Weitere Veranstaltungen mit Bundestagsabgeordneten finden statt in Mannheim und Freiburg: **Mannheim, 21. November 2011**, 19 Uhr, Jungbuschhalle Plus X, Werftstraße 10. Mit: Michael Schlecht, Karin Binder und Sabine Leidig
Freiburg, 25. November 2011, 19.30 Uhr, Aula der Heibelschule, Engelbergstraße 2. Mit: Michael Schlecht, Karin Binder und Sabine Leidig.

■ JA zum Ausstieg aus Stuttgart 21!

Leonberg: Mittwoch, 23. November 2011, 19:30 Uhr. Gaststätte „Eltinger Hof“, Hertichstraße 30, Leonberg. Mit Gangolf Stocker, SÖS-Stadtrat in Stuttgart und Sprecher der Initiative „Leben in Stuttgart“

Tübingen: Dienstag, 22. November 2011 20 Uhr, Schlatterhaus, Österbergstraße 2. Bündnisveranstaltung mit Winfried Wolf. Das Aktionsbündnis Tübingen gegen Stuttgart 21 (ein lokaler Zusammenschluss für das „Ja zum Ausstieg“ bestehend aus den Tübinger Gruppen von NABU, BUND, DGB, VCD; Umweltzentrum, CeBeeF,

Bündnis 90/Die Grünen, AL/Grüne, [‘solid].sds, DIE LINKE, ödp, attac, Courage, AK Montagsdemo, Frauennetzwerk 8. März) lädt im Rahmen des Attac-Themenabends ein.

■ Niedriglöhne – Lohndumping – Eurokrise

Mannheim: Mittwoch 14. Dezember, 19.30 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben. Sahra Wagenknecht, stellvertretende Parteivorsitzende, spricht über die Alternativen der LINKEN.

■ Tagung Energiewende in Karlsruhe

Am **Samstag 19. November 2011**, 10 bis 16 Uhr Ver.di Haus in Karlsruhe, Ruppurer Straße 1a. Veranstalter: Forum Linke Kommunalpolitik und Rosa-Luxemburg-Stiftung BW. <http://www.rosalux.de/event/44146/fachtagung-zur-energiewende.html>.

Die Veranstaltung dient zur politischen Bildung von Kommunalpolitikerinnen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Die energiepolitische Fachtagung beschäftigt sich mit der Frage, wie die Energiewende so gestaltet werden kann, dass sowohl den klimapolitischen Zielen, den Interessen der Beschäftigten an sicheren und guten Arbeitsplätzen und der Verbraucher an bezahlbarer Energieversorgung Rechnung getragen wird. Mit

ReferentInnen u.a. aus dem Betriebsrat von EnBW und dem BUND.

■ Landesparteitag im April 2012

Wie schon im letzten Landesinfo angekündigt, findet die nächste Tagung des Landesparteitags am 21. und 22. April 2012 voraussichtlich in Stuttgart statt. Die gewählten Delegierten aus den Kreisverbänden und dem Jugendverband sind weiter im Amt und werden gebeten, diesen Termin frei zuhalten. Auf Beschluss des Landesausschusses und des Landesparteitages werden auf dieser Tagung u.a. die 24 Landesparteitagsdelegierten für die nächsten zwei Jahre gewählt.

■ Paris 1871: La Commune

Stuttgart: Sonntag, den 18. Dezember, 10.30 bis ca. 18.30 Uhr im Waldheim Gaisburg, Obere Halde 1.

Dieses Jahr würde die Pariser Kommune ihren 140. Geburtstag feiern, wäre sie nicht blutig niedergeschlagen worden. Über 30.000 Menschen verloren ihr Leben nach dem Kampf um die Freiheit. Sie wurden von der französischen Regierung in Schauprozessen massenhaft verurteilt und hingerichtet. Die Geschichte der Pariser Kommune ist die Geschichte einer Gemeinschaft, die sich selbst verwaltete, die in ih-

ren Erlassen die Lebensumstände des Volkes verbesserte und die Gleichberechtigung der Frauen voran brachte. Die letzte Angriffsreaktion der Reaktion zusammenbrach, wurde von Frauen verteidigt.

Heute werden die Kommunen durch ganz andere Interessen geleitet. Trotzdem ist es wichtig, sie zu stärken, auch wenn das nicht sofort als emanzipatorischer transformatorischer Prozess erkennbar ist. Selbstbestimmung wird durch die prekäre Finanzsituation im Keim erstickt.

Den in ihr lebenden Menschen geht es meist nicht anders. Billiglöhne, Leiharbeit und Hartz IV berauben die Menschen jeder Möglichkeit der Gestaltung. Hier stellt sich die Frage: muss das so sein?

Die Geschichte zeigt uns, gerade am Beispiel der Pariser Kommune, dass es nicht so sein muss. Darüber, was die Kommune für uns heute bedeutet und was wir von ihr lernen können, spricht Bernd Riexinger in einem einleitenden Referat. Danach wollen wir gemeinsam den Film „La Commune“ ansehen. In dem knapp sechsstündigen Film, der von einer Theatergruppe unter der Leitung des Regisseurs Peter Watkins gedreht wurde, erfahren wir alle geschichtlichen Details und Aspekte der Vorkommnisse im Paris des Jahres 1871.

Eine Veranstaltung der AG Kultur DIE LINKE. Stuttgart

Letzte Meldungen vor Redaktionsschluss:

Bodo Ramelow: Alle Verbindungen zur Nazi-Terrorzelle offen legen!

Angesichts der am 11. November bekannt gewordenen Verbindung der drei Neonazis aus Jena zu den so genannten „Döner-Morden“ erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Dies verdeutlicht, dass wir es mit einer hochgefährlichen Nazi-Terrorzelle zu tun haben. Jeder, der das Geschehene geduldet oder zugelassen hat, trägt Mitschuld an einer verhängnisvollen Entwicklung!“

Das neonazistische Terror-Netzwerk sei „eingebettet in

rechtsextremistisches Milieu in Deutschland und geduldet von braunen Mitwissern“, so Ramelow. „Es wird Zeit, die Facetten zusammenzufügen und den Hintermännern das Handwerk zu legen! Die blutige Spur begann in Thüringen und die Spur der braunen Morde zieht sich durch ganz Deutschland“, so Ramelow weiter. Ramelow fordert alle zuständigen Behörden sowohl im Land als auch im Bund auf, „alle Karten auf den Tisch zu legen, um gemeinsam zu klären, wann welche Verbindungen bestanden haben“.

Gesine Löttsch: zwielichtige Rolle des Verfassungsschutzes

Zur aktuellen Debatte um die Mordserie von rechtsextremistischen Terror-Netzwerken erklärte am 13.11. die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch:

Die neue Qualität des Nazi-Terrors erfordert schnelle Reaktion: Die zwielichtige Rolle des Verfassungsschutzes muss umgehend aufgeklärt werden. Das NPD-Verbot steht auf

der Tagesordnung. Sollte es sich erweisen, dass vom Staat bezahlte V-Leute in die Taten auch nur mittelbar verwickelt waren, dann muss dies massive Konsequenzen haben. Der Einsatz der V-Leute wurde immer als Begründung genannt, das NPD-Verbot scheitern zu lassen. Nicht das Geheimgremium des Bundestages ist der Ort der Aufklärung, sondern die demokratische Öffentlichkeit (...).